ZUKUNFT

05
2009

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Dem Binnenmarkt Einhalt gebieten
Hannes Swoboda

Überlegungen für eine »Neue Europäische Wirtschaftspolitik«
Markus Marterbauer/Thomas Karasek

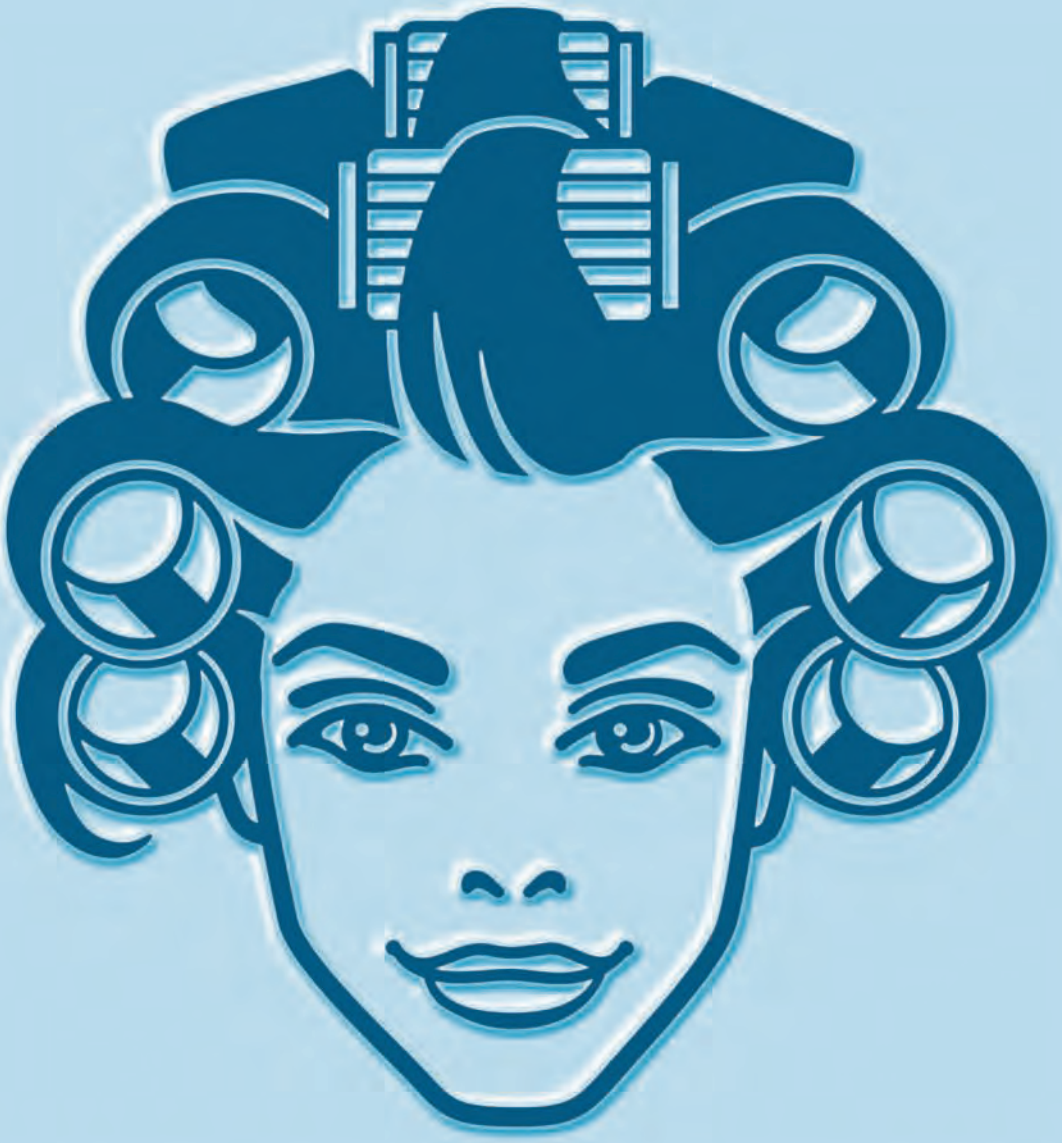
Europas Krisenlehren für die Finanzmarktkontrolle
Miriam Broucek

Die Sozialdemokratie, die Krise und die EU
Michael Amon

PLUS
AKZENTe.

EU-WAHL
7. JUNI 2009

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 05



TROCKNEN SIE IHRE HAARE MIT WASSER.

Fast 90% seines Stroms produziert der Verbund aus heimischer Wasserkraft. Mit gutem Grund. Denn die Nutzung erneuerbarer Energie ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung, sondern entlastet bereits heute unser Klima.

SAUBERER STROM. SAUBERER PREIS.

0800 210 210 **www.verbund.at**

Verbund

JUNG v. MATT/Donau

Editorial

© SPÖ

HANNES SWOBODA, KARIN KADENBACH UND JOSEF WEIDENHOLZER

Nun hat der EU-Wahlkampf doch auch Österreich eingeholt. Während die Parteien um Aufmerksamkeit und Stimmen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament werben, hat hierzulande ein Papier mit sozialdemokratischen Überlegungen für eine »Neue Europäische Wirtschaftspolitik (NEW)« für Aufsehen gesorgt und eine der spannendsten politischen Debatten in dieser Legislaturperiode ausgelöst – die um die höhere Besteuerung von Vermögen.

Dass die verteilungspolitischen Argumente dieser Debatte nicht nur eine soziale, sondern auch eine wichtige ökonomische Dimension haben, zeigt **Engelbert Stockhammer** in seinem Beitrag auf. Er legt dar, weshalb **ungleiche Verteilung** nicht nur eine Folge, sondern vor allem auch eine **Hauptursache** der aktuellen **Wirtschaftskrise** ist.

Schwerpunkt dieses Heftes ist aber natürlich das Thema **Europa**. Im **ZUKUNFT-Interview mit Hannes Swoboda** zeigt der SPÖ-Spitzenkandidat seine politischen **Alternativen für eine andere EU** auf.

Markus Marterbauer und **Thomas Karasek** konnten wir dafür gewinnen, die viel diskutierten – aber in den Medien meist verkürzt dargestellten – Thesen des von ihnen verfassten Papiers für eine **»Neue Europäische Wirtschaftspolitik«** detailliert vorzustellen und zu argumentieren.

Die Bemühungen um eine **Reform der Finanzmarktaufsicht auf europäischer Ebene** ist wiederum das Thema des Beitrags von **Miriam Broucek**, die hier noch einigen grundlegenden Änderungsbedarf sieht, um den Aufsichtsbehörden ein effizientes Handeln zu ermöglichen. Der Artikel wurde noch vor dem Erscheinen der jüngsten Kommissionsvorschläge verfasst, von denen allerdings keine grundlegende Änderung des bisherigen Kurses zu erwarten war.

Eine Art Vorgriff auf den Schwerpunkt des nächsten Heftes stellt der Beitrag von **Michael Amon** dar: Er analysiert die gegenwärtige Krise und argumentiert, weshalb die **Sozialdemokratie** in dieser Krise gefordert ist, eine grundlegende **Änderung der marktorientierten Ausrichtung der EU** nicht nur gelegentlich einzufordern, sondern sich aktiv für eine umfassende Änderung der europäischen Vertragsgrundlagen einzusetzen.

Christoph Lipinski wirft einen anderen Blick auf Europa: Er stellt in seinem Beitrag die schwierige Lage der **polnischen Linken** dar.

Maria Maltschnig greift in ihrem Text die anlaufende Debatte um die von Wissenschaftsminister Hahn geplanten flächendeckenden **»Studieneingangsphasen«** auf, die als **Zugangsbeschränkungen** die soziale Selektion unseres Bildungssystems zu verstärken drohen.

Ludwig Dvořak möchte der aktuellen **Vermögenssteuerdebatte** einen allgemeinen Gesichtspunkt abgewinnen: Er warnt davor, dass mit dem nächsten Budget bereits die praktischen und ideologischen Vorarbeiten für eine **»Restauration des Neoliberalismus«** nach der Krise geleistet werden.

Nach den **Büchertipps** untersucht **Helene Schuberth** schließlich in ihrem Kommentar die **Ergebnisse des letzten G20-Gipfels** – sie sieht ein gemischtes Ergebnis, aber keinen entscheidenden Durchbruch.

Abschließend noch ein technischer Hinweis: Wegen der EU-Wahl am 7. Juni, die sich mit unseren Produktionsterminen überschneiden würde, haben wir uns entschlossen, den Erscheinungstermin der Mai- und Juni-Ausgabe jeweils um eine Woche zu verschieben. Wir bitten, diese wahlbedingte Änderung zu entschuldigen.

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen – und beim Schauen!

LUDWIG DVOŘAK

IHR GLÜCK IM UNGLÜCK.

ARBEITER - SAMARITER - BUND ÖSTERREICHS

www.samariterbund.net

Rettungsdienst • Krankentransporte • Ambulanzdienst • Schulungen • Wasserrettung • Heimnotruf • Essen auf Rädern • Hauskrankenpflege • Pflegeeinrichtungen • Wohnungslosenhilfe • Flüchtlingsbetreuung • Wohlfahrtsstiftung • Entwicklungszusammenarbeit • Katastrophenhilfsdienst

HANNES SWOBODA UND EVELYN REGNER BEIM WAHLKAMPFAUFTAKT DER SPÖ

Inhalt

6 **Was hat die Einkommensverteilung mit der Finanzkrise zu tun?**
Von Engelbert Stockhammer

10 **eu-wahl** 2009

12 **Dem Binnenmarkt Einhalt gebieten**
Interview mit Hannes Swoboda

16 **Überlegungen für eine »Neue Europäische Wirtschaftspolitik«**
Von Markus Marterbauer und Thomas Karasek

20 **eu-wahl** 2009

26 **Europas Krisenlehren für die Finanzmarktkontrolle**
Von Miriam Broucek

25 **eu-wahl** 2009

28 **Die Sozialdemokratie, die Krise und die EU**
Von Michael Amon

34 **eu-wahl** 2009

36 **Eine zersplitterte Linke - zur Lage der polnischen Sozialdemokratie**
Von Christoph Lipinski

39 **eu-wahl** 2009

40 **Unbeschränkt studieren!**
Von Maria Maltschnig

42 **eu-wahl** 2009

40 **Im Land der Sparschweine**
Von Ludwig Dvořak

48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches

50 **G20 - Much Ado about Nothing?**
SCHLUSSWORT von Helene Schuberth

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18 , Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.in Dr.in Ruth Wodak, Lancester. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvořak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, DSA Senad Lacevic, Mag.ª Alexandra Pernkopf, MMag.ª Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.in Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.ª Daniela Stepp, Artur Streimelweger, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** © SPÖ. **Fotos:** © SPÖ/Lehmann

Was hat die Einkommensverteilung mit der Finanzkrise zu tun?

FINANZKRISE Die Schuld für die aktuelle Wirtschaftskrise wird derzeit gerne den völlig entarteten Finanzgeschäften in den USA angelastet. Der Ökonom Engelbert Stockhammer argumentiert in seinem Beitrag, weshalb die wachsende Einkommensungleichheit in Österreich, Deutschland und in anderen Ländern die Krise zumindest in gleichem Ausmaß mitverursacht hat und weshalb die dringend gebotene Re-Regulierung der Finanzmärkte nur einen Teil des Problems löst.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob die Einkommensverteilung wenig mit der Finanzkrise zu tun hätte. Die Finanzkrise wurde durch Entwicklungen auf Finanzmärkten verursacht, vor allem durch deren Deregulierung: Finanzinstitutionen war es möglich, neue Finanzinstrumente zu entwickeln, deren Risiken sich schwer bewerten ließen und die niemand so richtig verstand, sie bündelten Hypothekarkredite, tranchierten sie und verkauften sie so rasch wie möglich, garniert mit freundlichen Bewertungen durch willfährige Ratingagenturen; die Banken entwickelten Off-Balance-Sheet-Zweckgesellschaften um die Kapitalvorschriften zu umgehen; Hedge Fonds verschuldeten sich über alle Maße und waren damit krisenanfällig; die starken Kapitalzuflüsse in die USA, die diese zur Deckung ihres Leistungsbilanzdefizits benötigten, trugen zur Überbewertung der neuen Finanztitel bei.

GÄNGIGE KRISENERKLÄRUNGEN

So, oder so ähnlich, sind die gängigen Krisenerklärungen. Bei allen genannten Erscheinungen handelt es sich um Entwicklungen eines außer Rand und Band geratenen Finanzsektors – was sollte also die Einkommensverteilung damit zu tun haben?

Die angeführten Krisenursachen sind durchaus treffend und eine Re-Regulierung des Finanzsektors ist zweifellos das Gebot der Stunde. Der Fokus auf die Fehlentwicklungen im Finanzsektor droht jedoch dahinterliegende strukturelle Ursachen aus dem Bewusstsein zu verdrängen – und die haben viel mit der Veränderung der Einkommensverteilung zu tun. Genauer genommen mit den teils komplexen Wechselwirkungen zwischen dem deregulierten Finanzsystem und der Polarisierung der Einkommensverteilung. Genau davon handelt dieser Artikel.

WACHSENDE UNGLEICHVERTEILUNG

Seit den frühen 80er-Jahren ist es zu dramatischen Veränderungen in der Einkommensverteilung gekommen. In den meisten Ländern hat sich die Einkommensverteilung polarisiert – die Reichen sind reicher und die Armen (relativ) ärmer geworden. In den USA haben die Spitzeneinkommen (relativ zu den Durchschnittseinkommen) Werte wie seit den 1920er Jahren erreicht. Während die Superreichen – die obersten 0,1 % der Einkommenspyramide – 1979 zwanzigmal soviel verdienten wie die Durchschnittseinkommen (hier: der Durchschnitt der unteren 90 % der Einkommensverteilung, also der Normalverdiener), so war es 2006 siebenundsiebzig(!) Mal so viel.[1] In praktisch allen Ländern ist die Lohnquote, d. h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen gesunken (siehe Grafik 1), in Österreich seit 1980 gar um mehr als 15 %.

Gut, die Einkommensverteilung hat sich verschlechtert. Das mag ein soziales Problem darstellen, aber ist es auch ein ökonomisches Problem? Durchaus. Für den Großteil der Haushalte sind Lohneinkommen die Haupteinkommensquelle. Aus den Lohneinkommen wird daher der Großteil der Konsumausgaben finanziert. Bleiben die Löhne hinter dem Produktivitätswachstum zurück, so wird weniger konsumiert. Technisch gesprochen haben ArbeitnehmerInnen eine höhere Konsumneigung als KapitaleinkommensbezieherInnen. Ökonometrische Schätzungen ergeben, dass 100 Euro mehr Löhne zu rund 30 bis 40 Euro mehr Konsumausgaben führen als 100

1) Mishel et al (2009)

2) Siehe Stockhammer (2006) für Schätzungen für den Euro-Raum und Stockhammer und Ederer (2008) zu Österreich

3) Kennickel (2009)

Euro mehr Gewinne. Eine niedrigere Lohnquote bedeutet definitionsgemäß eine höhere Profitquote. Und höhere Profite führen zu mehr Investitionen. Kompensieren die höheren Investitionsausgaben nicht die gesunkenen Konsumausgaben? Nein; zwar führen höhere Gewinne tatsächlich zu mehr Investitionen, aber in einem bescheidenen Ausmaß. 100 Euro höhere Gewinne führen zu rund 10 Euro höheren Investitionen. Kurz: Die heimische Nachfrage, d. h. die Konsumausgaben und Investitionen, stagniert, wenn die Löhne nicht steigen.[2]

INVESTITIONSKÜRZUNGEN

Darüberhinaus gab es jedoch noch andere Gründe, warum die Investitionen nicht gestiegen sind und diese haben ihrerseits mit der Deregulierung des Finanzsektors zu tun. Die deregulierten Finanzmärkte führten erstens zu einer höheren Volatilität von Wechselkursen und den Preisen von Finanzanlagen. Diese erhöhte Unsicherheit dämpfte nun die Investitionstätigkeit. Zweitens stieg mit der Deregulierung der Einfluss der institutionellen AnlegerInnen, d. h. der Pensionsfonds, Hedge Fonds und Private Equity Fonds.

Diese nahmen unter dem Schlagwort der Shareholder Value-Orientierung Einfluss auf die Unternehmen. Die Unternehmen mussten höhere Dividenden ausschütten und die Aktienkurse notfalls durch Aktienrückkäufe hochhalten. Beides reduzierte die verfügbaren Mittel für Investitionen. Insgesamt werden – wie in Tabelle 1 dokumentiert – ein immer geringerer Teil der Profite reinvestiert.

Daher stagnierte die heimische Nachfrage in vielen Ländern. Etliche Länder, nicht zuletzt Deutschland, in seinem Schatten Österreich, und Japan, haben dieses schwache Wachstum der heimischen Nachfrage durch Exportüberschüsse kompensiert. Das geringe Lohnwachstum hatte ja auch die Konkurrenzfähigkeit erhöht. Nur, es können nicht alle Länder gleichzeitig Exportüberschüsse erzielen. Jedem Leistungsbilanzüberschuss muss ein Leistungsbilanzdefizit in einem anderen Land gegenüberstehen.

KREDITFINANZIERTER KONSUM

Es waren die angelsächsischen Ländern, allen voran die USA, aber auch Großbritannien, die sich als Wachstumsmotor der Weltwirtschaft etablierten. Sie generierten die Nachfrage, die die Exportüberschüsse von Deutschland, Japan und China erst möglich machten. Wie taten sie das? Waren in diesen Ländern die Löhne etwa stärker gewachsen? Nein, im Großen und Ganzen nicht. Aufgrund ihres Immobilienmarktes und ihres Finanzsystem entwickelten diese Länder im Zeitalter der Deregulierung des Finanzsektors ein scheinbar brillantes System der Nachfrageankurbelung bei stagnierenden Löhne: Der Konsum wurde kreditfinanziert. Aber warum sollten die Banken Kredite für Konsumausgaben gewähren? Nun, das taten sie gar nicht, zumindest nicht vordergründig. Aber eigentlich doch.

In den angelsächsischen Ländern (aber auch in Spanien, Dänemark und den Niederlanden) hatte sich eine Immobilienblase entwickelt. Die Immobilienpreise stiegen und die Häuser der Mittelstandsfamilien wurden mehr und mehr wert. Was also lag näher, als sich den Wertzuwachs als Kredit auszahlen zu lassen? Genau das passierte. Im Jahr 2006 betrug dieser sogenannte *home equity withdrawal* nicht weniger als 10% des verfügbaren Einkommens – und wurde natürlich vor allem für Konsumausgaben verwendet. Teils finanzierten die Banken den Konsum jedoch auch direkt: Die Konsumkredite wuchsen enorm an. Allein die Kreditkartenschulden wuchsen von 110 Mrd. US-Dollar (1989) auf 393 Mrd. (2007).[3] Damit betrugen sie rund ein Viertel der Hypothekarkredite, die den Großteil der Haushaltsverschuldung ausmachen.

Die Schulden wuchsen in vielen Ländern dramatisch an (siehe Tabelle 2). Im ungewichteten EU-Durchschnitt wuchsen sie ähnlich stark wie in den USA. In Deutschland und Frankreich allerdings deutlich weniger. Dieses kredit-finanzierte Wachstumsregime ging gut, solange die Hauspreise weiter stiegen. Als diese zu fallen begannen, begannen auch die Banken zu krachen.

4) Etwas vereinfacht gesagt, wenn Land A mehr an Land B verkaufen will als es selbst von Land B kauft, dann muss es dem Land B einen Kredit zur Verfügung stellen, damit Land B die Mittel hat, die Waren zu kaufen.

ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE

Wie finanzierten die Banken eigentlich dieses Kreditwachstum? Größtenteils nicht über Einlagen, nach dem traditionellen Modell des Bankengeschäfts, sondern indem sie die Kredite weiterverkauften, teils in Form recht komplizierter Wertpapiere. Und wer kaufte eigentlich diese Papiere? Pensionsfonds, internationale Banken und andere oft internationale InvestorInnen – zu einem großen Teil jedenfalls über Kapitalzuflüsse. Das muss so sein: Ein Land das Exportüberschüsse (an Gütern) hat, muss auch Kapital exportieren.[4] Chinas Exportüberschüsse (aber auch die Japans und teilweise jene Deutschlands) wurden also in Finanzanlagen in den USA investiert. Indirekt finanzierten sie damit die Kredite für die Immobilienblase.

Die Außenhandelsungleichgewichte und die korrespondierenden Kapitalflüsse spielten also eine wesentliche Rolle in dem spekulativen Prozess. Ermöglicht wurden sie durch die Deregulierung der internationalen Kapitalmärkte. Vor deren Deregulierung, also im Bretton-Woods-System, wurden solche Ungleichgewichte nicht toleriert, sondern durch periodische Anpassung der Wechselkurse und, gegebenenfalls, durch Kapitalverkehrsbeschränkungen gegengesteuert. Im deregulierten System wurden die Wechselkurse den Märkten überlassen und Eingriffe in den freien Kapitalverkehr waren (und sind!) verpönt. Die Außenhandelsungleichwichte stiegen in den letzten Jahren in ungewohnte Höhen. Die Standardabweichung der Leistungsbilanzpositionen (Grafik 2) ist nun höher als in den 70er-Jahren, als der Ölpreisschock zu schweren Verwerfungen führte.

EIN PERVERSES SYSTEM

Fassen wir also zusammen: Jene Länder, in denen wegen Lohnzurückhaltung die heimische Nachfrage schwächelt, exportieren fleißig und finanzieren mit ihren Kapitalexporten die Kreditgenerierung in jenen Länder, wo die Haushalte fleißig einkaufen, was sie sich wegen des geringen Lohnwachstums gar nicht leisten können und daher über Kredite finanzieren müssen. Insgesamt ein perverses System möchte man meinen. Möglich wurde all dies durch die Deregulierung des Finanzsystems, aber auch durch eine Polarisierung der Einkommensverteilung.

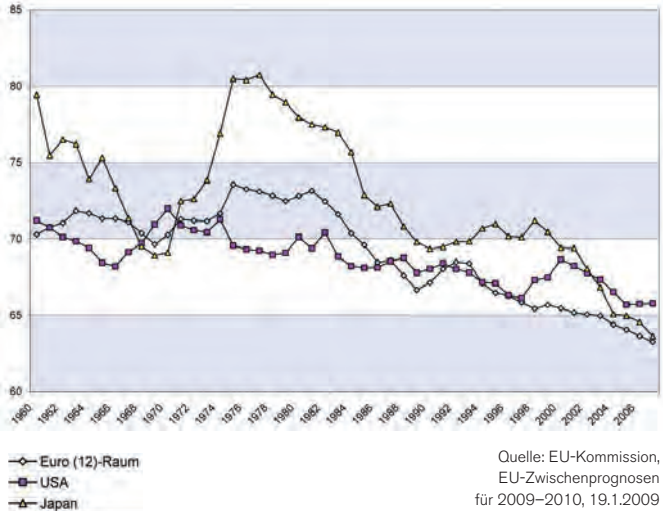
Eine Reform des Finanzsystems kann daher nur ein Teil der Reparatur des Systems sein. Der andere Bereich der der Reparatur bedarf ist die Lohnpolitik. Erst wenn die Löhne wieder mit der Produktivität wachsen ist ein wirtschaftliches Gleichgewicht möglich, das ohne spekulative Blasen und ohne steigende Haushaltsverschuldung auskommt.

AO. UNIV-PROF. DR. ENGELBERT STOCKHAMMER
ist am Institut für Geld- und Finanzpolitik der WU Wien tätig.

LITERATUR:

DiMartino, D, Duca, J. 2007. The rise and fall of subprime mortgages. Economic Letter 2, 11 (Nov 2007)
Girouard, N, Kennedy M, André, C, 2006. Has the rise in debt made households more vulnerable? OECD Economics Working Paper 535 [ECO/WKP(2006)63]
Kennickell, Arthur, 2009. Ponds and stream: wealth and income in the U.S., 1989 to 2007. Finance and Economics Discussion Series 2009-13
Mishel, L, Bernstein, J, Shierholz, H, 2009. The State of Working America 2008/09. Cornell University Press
OECD (2008). Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries. Paris: OECD
Stockhammer, E., 2007. Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euro-Raum. Wirtschaft und Gesellschaft 33, 2: 175-198
Stockhammer, E., Ederer, S., 2008. Demand effects of the falling wage share in Austria. Empirica 35, 5: 481-502

GRAFIK 1: STANDARDABWEICHUNG DER LEISTUNGSBILANZPOSITIONEN (IN % DES BIP) DER OECD LÄNDER



Quelle: EU-Kommission, EU-Zwischenprognosen für 2009–2010, 19.1.2009

GRAFIK 2:
BEREINIGTE LOHNQUOTE IM EURO-RAUM, USA UND JAPAN

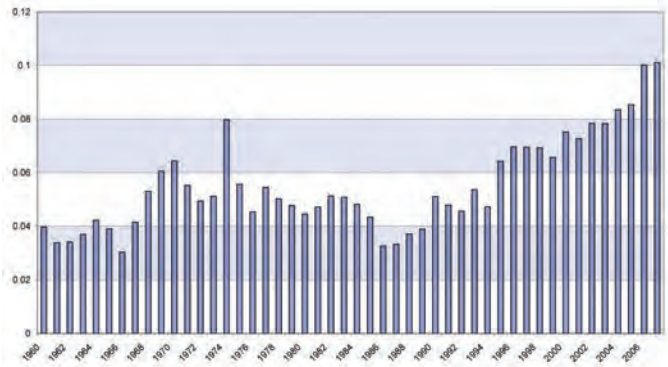


TABELLE 1:
INVESTITIONEN ALS % DER PROFITE

2.1 INVESTITIONEN ALS % DES OPERATING SURPLUS (DURCHSCHNITT)

	1970er	1980er	1990er	2000er
Österreich	59	50	47	44
Belgien	--	--	--	--
Dänemark	46	47	46	49
Finland	57	57	41	36
Frankreich	46	46	42	43
Deutschland	52	48	42	35
Griechenland	24	24	26	36
Irland	50	44	30	28
Italien	41	36	31	33
Luxembourg	39	48	51	50
Niederlande	48	39	38	38
Portugal	37	35	31	34
Spanien	47	40	44	47
Schweden	59	52	46	51
UK	55	48	44	42
EU12	47	44	40	40
USA	46	44	39	39
Japan	58	59	61	56

Anmerkung: EU12 ist ungewichtetes Mittel für die vorhandenen Länder, Quelle: OECD

TABELLE 2:
SCHULDEN DER HAUSHALTE IN % DES VERFÜGBAREN EINKOMMENS

SCHULDEN DER PRIVATEN HAUSHALTE ALS % DES VERFÜGBAREN EINKOMMENS

	1985	1995	2005
Belgien	--	--	--
Dänemark	188	236	260
Deutschland	97	111	107
Griechenland	--	--	--
Spanien	59	83	107
Frankreich	66	78	89
Irland	81	141	
Italien	32	46	59
Luxemburg	--	--	--
Niederlande	113	175	246
Österreich	--	--	--
Portugal	--	--	--
Finland	64	66	89
Schweden	90	107	134
UK	106	118	159
EU12	91	110	139
USA	93	107	135
Japan	113	136	132

Anmerkung: EU12 ist ungewichtetes Mittel für die vorhandenen Länder; Schulden für Dänemark, Spanien and Japan 2004 statt 2005. Quelle: Girourard et a. (2006).

EU-WAHL
7. JUNI 2009

EU WAHLKAMPFAUFTAKT DER SPÖ AM 8. MAI 2009

Dem Binnenmarkt Einhalt gebieten

SCHWERPUNKT Am 7. Juni wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. SPÖ-Spitzenkandidat und ZUKUNFT-Autor Hannes Swoboda stellte sich aus diesem Anlass im ZUKUNFT-Interview unseren Fragen.

ZUKUNFT: Du zählst zu den erfahrensten EU-PolitikerInnen Österreichs. Mit welcher Zielsetzung trittst du bei diesen Wahlen an? Was willst du umsetzen?

Hannes Swoboda: *Mein Wunsch wäre es, dass aus dieser Wahl die Sozialdemokratie gestärkt hervorgeht – und das nicht nur auf österreichischer, sondern auf europäischer Ebene. Denn es ist nicht egal, wer das Europa der Zukunft gestaltet. Ich werde, wie auch schon in der Vergangenheit, alles daran setzen, dass die EU ein sozialeres Gesicht bekommt.*

Die Wahlen zum Europäischen Parlament gelten bei Wahlstrategen als »schwierige« Wahl, weil es nicht leicht ist, die Bürgerinnen und Bürger zu den Urnen zu bringen. Warum glaubst du, ist das so?

Noch immer herrscht bei vielen Menschen die Meinung vor, das EU-Parlament sei eine machtlose Einrichtung innerhalb des europäischen Institutionengefüges. Es ist wenigen bewusst, dass das EU-Parlament auch Gesetzgeber ist. Kommt der Vertrag von Lissabon, wird das Parlament noch weiter aufgewertet, es wird also noch entscheidender, wie sich die Mehrheiten im Parlament zusammensetzen. Dies muss den Menschen vermittelt werden, dabei sind wir als Europapolitiker gefragt, aber genauso die Medien und die nationalen Politiker.

Weshalb lohnt es sich, am 7. Juni wählen zu gehen?

Weil Europa vor einer Richtungsentscheidung steht. Soll es wie bisher eine Gemeinschaft sein, in der die Marktinteressen vorherrschen oder wollen wir ein Europa, das soziale Anliegen ernst nimmt und für die Interessen der ArbeitnehmerInnen eintritt? Jeder der wählen geht, hat jetzt die Chance, das Europa von morgen mitzugestalten.

Es gehört zu den Charakteristika europäischer Politik, dass man entweder »pro-europäischer« oder »EU-skeptischer« Politiker zu sein hat, für mehr Differenzierung scheint oft kein Platz. Lässt dieser Drang zum »europäischen Bekenntnis« nicht auch oft die Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Konservativen verschwimmen? In der Bildungspolitik würde man ja auch kaum verlangen, dass man sich entweder als »pro« oder »contra« Bildung deklariert…

Ich bin hier bei euch – pro-europäisch oder EU-Skeptiker sind Kategorien, die oft von den Medien gepusht werden. Für die meisten Politiker steht das Existenzrecht der Europäischen Union außer Frage, die Vorteile sind unbestritten. Ausnahmen sind einige rechte Randerscheinungen, die sich in ihrer nationalen Denkweise verkapseln und am liebsten die EU zerstören möchten. Für mich ist klar: Ich bin pro-europäisch, was aber nicht heißt, dass ich nicht Kritik üben darf. Denn ich bin der Meinung, wenn wir aufhören, nach Verbesserungen zu streben, dann hat Europa keine Zukunft.

Der Krone-Brief der SPÖ-Spitze im Sommer 2008, hat in Form und Inhalt auch innerparteilich für Kritik gesorgt. Manche haben um einen klaren europapolitischen Kurs gebangt. Wie sieht die EU-Linie der SPÖ nun aus?

Die Linie der SPÖ war und ist immer eindeutig gewesen. Ja, wir stehen zu Europa, wollen aber, dass die Bürger mehr Mitspracherechte bei zukünftigen EU-Verträgen haben. Der Vertrag von Lissabon ist für uns unbestritten, er wurde ja auch im Parlament ratifiziert. Der Vorschlag einer Volksabstimmung resultiert daraus, dass einerseits die Zustimmung zur EU niedrig ist und daher mehr Demokratie Not tut und andererseits zeigt sich gerade bei den Schwierigkeiten, den Vertrag von Lissabon europaweit umzusetzen, dass es hier neue Mechanismen braucht. Ich kann mir vorstellen, bei zukünftigen Vertragswerken in allen Ländern

nationale Volksabstimmungen durchzuführen, allerdings mit der Einschränkung, dass ein Nein in einem Land nicht mehr die ganze Union lähmt, sondern dass dieses Land dann eben beim nächsten Schritt der Vertiefung nicht dabei ist. Ich bin mir sicher, dies würde auch das Abstimmungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

Beim Bundesparteirat der SPÖ hast du betont, dass für dich »der Mensch vor dem Markt steht« und das sei das politische Projekt, das die Sozialdemokratie in Europa umsetzen wolle. Was genau kann man darunter verstehen?

Wir müssen endlich aufhören, zuzulassen, dass alle Lebensbereiche vom Binnenmarkt durchflutet werden. Für uns Sozialdemokraten muss dieser Vorgangsweise endlich Einhalt geboten werden. Natürlich ist auch für uns ein gesundes wirtschaftliches Fundament der Union von Bedeutung, jedoch dürfen darüber hinaus die Ängste und Sorgen der Menschen nicht vergessen werden. Für uns reicht eine EU nicht, die sich als Europa der Konzerne versteht, wir wollen ein Europa der Menschen.

Du sprichst davon, dass die aktuelle Wirtschaftskrise ein Ergebnis neoliberaler Politik sei, die auch in Europa umgesetzt worden sei. Wie sieht die sozialdemokratische Abkehr von dieser Politik konkret aus?

In den letzten Jahren wurde viel von den USA unhinterfragt übernommen – jetzt haben wir auch die Wirtschaftskrise übernehmen müssen. Wir Sozialdemokraten haben schon lange davor gewarnt, was die Auswirkungen eines unkontrollierten Finanzmarktes sein können, doch die Europäische Volkspartei hat nie die Notwendigkeit gesehen, unseren Forderungen nach strengeren Regelungen zuzustimmen. Erst jetzt entschließen sie sich zu ersten Schritten, den Finanzmarkt zu regulieren, jedoch nur sehr zaghaft. Eine sozialdemokratische Politik will dem ungezügelten Neoliberalismus Einhalt gebieten, denn es darf nie mehr wieder zu Wirtschaftskrisen kommen, die aus ähnlichen Gründen verursacht werden.

Viele aktuelle Debatten in Österreich – etwa die Schließung von Postämtern – werden mit dem Hinweis auf die EU-weite Liberalisierung des Briefverkehrs geführt. War es wirklich klug, Infrastrukturunternehmen wie Post oder Bahn einem europaweiten Wettbewerb auszusetzen, der natürlich auch zur Einstellung finanziell wenig lukrativer, aber lokal sehr wichtiger Dienstleistungen führen kann?

Die Sicherstellung der Daseinsfürsorge ist eines der zentralen Themen für die Sozialdemokratie. Gerade bei Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Müllentsorgung, soziale Dienste, Gesundheitsleistungen oder auch öffentlicher Nahverkehr fordern wir einen Stopp von Deregulierung und Liberalisierung. Denn für uns steht fest, dass jeder Mensch unabhängig von Wohnort oder Einkommen Zugang zu diesen Dienstleistungen haben muss. Deshalb sind wir für einen klaren europäischen Rechtsrahmen öffentliche Dienstleistungen betreffend, damit der universelle und gleichberechtigte Zugang für alle gewährleistet ist.

Welcher Zündstoff gerade für die ArbeitnehmerInnen in der EU-Politik liegt, hat sich ja auch zum Jahreswechsel in England gezeigt. Dort brachen auf einzelnen Großbaustellen »wilde Streiks« englischer Arbeiter gegen den Einsatz von polnischen und italienischen Kollegen aus, die von den Arbeitgebern mit Niedriglöhnen beschäftigt wurden. Wie kann man ein Umgehen arbeits- und sozialrechtlicher Standards verhindern?

Wir brauchen endlich europaweite Mindeststandards im Arbeits- und Sozialrecht. Nur so kann es uns gelingen, dass Sozialdumping vermieden und dass der Wettbewerb innerhalb der EU auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird. Unsere konkreten Forderungen beziehen sich auf EU-weite existenzsichernde Mindestlöhne und gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit.

Bleiben wir noch kurz bei der Situation von ArbeitnehmerInnen in der EU: Die Urteile des EuGH in den Rechts-

sachen Laval, Viking oder Rüffert haben im vergangenen Jahr Befürchtungen gestärkt, dass das Arbeitskampfrecht und der Schutz von Tarifverträgen ausgehöhlt werden. Wie begegnet die europäische Sozialdemokratie dieser Gefahr?

Diese Urteile waren bedenklich und sind ein klarer Handlungsauftrag. Das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen muss gestärkt werden. Eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie ist somit unerlässlich, hier Verbesserungen herbeizuführen ist das Ziel von uns Sozialdemokraten.

Eine Frage zu deinen politischen Mitbewerbern – kurz vor den Wahlen wimmelt es ja plötzlich vor lauter »Anwälten österreichischer Interessen in Brüssel«. Wie bewertest du das und wie unterscheidet sich die SPÖ in ihrer Politik von den anderen?

Es gibt unterschiedliche Zugänge zum Projekt Europa. Die Konservativen würden es bevorzugen, am Status Quo festzuhalten, für sie hat die EU vor allem als Wirtschaftsunion zu funktionieren. Die Rechten sind wenig an Europa interessiert, diese selbsternannten Hüter österreichischer Interessen in der EU würden es am liebsten sehen, wenn Österreich die Union verlässt. Dann gibt es noch die Selbstdarsteller, die an der EU nicht wirklich interessiert sind, sie allerdings als Profilierungsplattform missbrauchen. Die Sozialdemokratie ist meiner Meinung nach die einzige Bewegung, die es schaffen kann, Europa in die Zukunft zu führen. In eine Zukunft, die durch Chancengleichheit und Fairness geprägt ist und die das friedliche Zusammenleben der Nationen weiter sichert.

Wenn die Sozialdemokratie die EU-Parlamentswahlen gewinnt – was ändert sich dann in Europa?

Dann ist garantiert, dass die EU sozialer wird, dass eine Abkehr vom Neoliberalismus erfolgt und dass die Menschen sich endlich im Projekt Europa wiederfinden werden.

Zum Abschluss eine persönliche Doppelfrage: Was ist in den letzten 13 Jahren dein größter politischer Erfolg gewesen – und was wird in der kommenden Periode dein größter Erfolg sein?

Den größten politischen Erfolg in der langen Zeit im EU-Parlament zu benennen fällt schwer. Vielmehr hat es viele kleine Erfolge gegeben, die oft auch von außen gar nicht wahrgenommen werden, die aber dann große Auswirkungen hatten. Zuletzt wurde etwa das Energiepaket beschlossen; ich habe hier entscheidend mitgewirkt, dass die Energieunternehmen nicht zerschlagen werden. Was mein größter Erfolg sein wird, kann ich ebenfalls nicht beantworten. Zuerst müssen die Wähler sprechen! Schenken sie mir und der Sozialdemokratie ihr Vertrauen, dann versichere ich, in ihrem Sinne für ein besseres Europa zu kämpfen.

HANNES SWOBODA
ist Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament und Spitzenkandidat der SPÖ bei den Wahlen am 7. Juni.

In der ZUKUNFT nahm er zuletzt im Heft 12/2008 mit seinem Beitrag »Europa – sozial und demokratisch?« Stellung zu linken Perspektiven für die EU.

EU-WAHL
7. JUNI 2009

HANNES SWOBODA

Überlegungen für eine »Neue Europäische Wirtschaftspolitik«

SCHWERPUNKT Die Debatte um Vermögenssteuern ist innerparteilich und gesellschaftlich neu entbrannt. Aktueller Anlass war ein von Landeshauptmann Voves initiiertes Wirtschaftskonzept, die »NEW«. In der ZUKUNFT stellen die Autoren ihr vieldiskutiertes Papier, das keineswegs nur von Steuern handelt, im Detail vor.

Die von Landeshauptmann Franz Voves initiierten »Sozialdemokratischen Überlegungen für eine Neue Europäische Wirtschaftspolitik (NEW)«[1] haben eine intensive Debatte ausgelöst, die sich vor allem um die Grundforderung nach der Ausweitung der vermögensbezogenen Steuern dreht. Wir freuen uns über die Intensität der Diskussion.

Bislang wurden vor allem zwei Argumente gegen die Ausweitung der vermögensbezogenen Steuern vorgebracht. Zum ersten die Befürchtung, derartige Abgaben würden »den Mittelstand« belasten. Dieses Argument ist leicht zu widerlegen. Denn wie die im Rahmen des Sozialberichts 2007–008 präsentierten Daten der Österreichischen Nationalbank belegen, gibt es beim Vermögensbesitz gar keinen Mittelstand.[2]

Das oberste Tausendstel der Haushalte (das sind etwa 3.500 Haushalte) verfügt über ein gleich hohes Finanzvermögen wie die untere Hälfte der Haushalte (1,75 Millionen). Selbst wenn man durch ganz großzügige Freibeträge nur das oberste Zehntel der Haushalte mit Steuern auf Finanzvermögen belasten würde, so wären damit mehr als die Hälfte aller Finanzanlagen erfasst. Es lässt sich vermuten, dass die Immobilienvermögen ähnlich stark konzentriert sind wie die Finanzvermögen.

ZUM RICHTIGEN ZEITPUNKT

Das zweite Argument betrifft den Zeitpunkt der Einführung vermögensbezogener Abgaben. Vielfach wird vorgebracht, in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sollte keine neue Steuer eingeführt werden, denn damit würden die positiven Effekte der Einkommensteuersenkung wieder zunichte gemacht. Wir glauben, dass gerade jetzt der beste Zeitpunkt für die Einführung vermögensbezogener Steuern ist. Die negativen konjunkturellen Effekte einer höheren Belastung mit Vermögenssteuern wären verschwindend gering. Denn die marginale Konsumneigung des obersten Zehntels der Haushalte liegt bei weniger als einem Fünftel. Das heißt, die Bezahlung der Vermögenssteuern wird über geringere Ersparnisse finanziert und hätte keine negativen Konsum- und Beschäftigungswirkungen. Politisch gibt es kaum einen besseren Zeitpunkt als jetzt, eine höhere Besteuerung von Vermögen durchzusetzen. Zum einen, weil derzeit besonders deutlich ist, dass neben der Deregulierung der weltweiten Finanzmärkte vor allem die enorme Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen die tiefe Krise verursacht hat.

Die Verteilung der Vermögen auf nur wenige hat dazu geführt, dass viel zu viel Geld sinnlos verspekuliert wurde. Hätte die breite Masse über Vermögen verfügt, so wäre damit Sinnvolleres passiert, von der Finanzierung der Ausbildung der Kinder über die Anschaffung dringend benötigter Konsumgüter bis zur Finanzierung einer verdienten Urlaubsreise oder der risikoarmen Vorsorge für das Alter. Für höhere Vermögenssteuern sprechen auch die enormen Kosten der Krise. Sie bestehen zum Beispiel in Massenarbeitslosigkeit und in hohen Budgetdefiziten. Und was liegt näher, als die Verursacher der Krise an der Finanzierung der Sanierung zu beteiligen? Aus unserer Sicht spricht alles für eine möglichst rasche Einführung vermögensbezogener Steuern.

Weitgehender Konsens zwischen den politischen Parteien in Österreich besteht in der Forderung nach EU-weiten Finanztransaktionssteuern. Die Konzepte liegen vor. Was wir bislang vermissen, ist, dass sich der parteienübergreifende Konsens auch in mehr als nur symbolischen Bemühungen zur Durchsetzung dieser Steuer auf europäischer Ebene äußert.

1) http://www.stmk.spoe.at/steiermark/kampagnen-projekte/new-neue-europaische-wirtschaftspolitik

2) http://bmsk2.cms.apa.at/cms/site/attachments/4/5/5/CH0107/CMS1232705650368/18_verteilungdergeldvermoegen.pdf;jsessionid=aLvm4whQiPzh

Eine Wertzuwachssteuer auf Finanz- und Immobilienvermögen war zwischen SPÖ und ÖVP schon im so genannten »Osterfrieden 2008« vereinbart. Auch hier sind die Experten-Konzepte in den Parteien bereits ausgearbeitet, die politischen Verhandlungen könnten sofort beginnen. Inhaltlich spricht alles für diese Steuern. Wie soll man selbständig oder unselbständig Erwerbstätigen erklären, dass sie für ein zusätzliches Leistungseinkommen von 1000 Euro 40 bis 50% an Abgaben abführen müssen, wenn gleichzeitig beim Verkauf von länger als ein Jahr gehaltenen Aktien mit einem leistungslosen Zusatzeinkommen von 1000 Euro der Steuersatz null Prozent beträgt?

Aus unserer Sicht am wichtigsten ist allerdings die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer. In unserer Gesellschaft werden immer größere Vermögen vererbt. Allerdings sind diese äußerst ungleich verteilt. Wenige Kinder erben riesige Vermögen, viele gehen weitgehend leer aus. Damit ist die Chancengleichheit zwischen Kindern aus unterschiedlichen sozialen Gruppen nicht mehr gegeben. Auf Basis des Urteils des Verfassungsgerichtshofs kann die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformiert werden. Sie müsste in Hinkunft auch ein Erbschaftssteueräquivalent für Stiftungen umfassen. Würde mit dem Steueraufkommen, das höher liegen sollte als vor der Abschaffung, die Verbesserung von Kindergärten und Grundausbildung finanziert, so wäre das eine doppelte Investition in die Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

BESSERE KOORDINATION

In unserem Konzept für eine »Neue Europäische Wirtschaftspolitik« geht es allerdings nicht primär um höhere Vermögenssteuern in Österreich. Vielmehr steht die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zentrum. Umfang und Struktur der Finanzierung des Staates spielen dafür eine wichtige Rolle. Der zunehmende internationale Steuerwettbewerb gefährdet die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Deshalb fordern wir eine bessere Koordinierung der Steuerpolitik in der Europäischen Union. Dies beginnt bei den Steuern auf Vermögen, betrifft aber vor allem auch jene auf die Gewinne großer Kapitalgesellschaften. Wir schlagen eine EU-weite Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne vor, auf die die Nationalstaaten Aufschläge für das nationale Budget vornehmen könnten. Diese EU-Steuer würde die finanziellen Möglichkeiten des EU-Budgets erweitern.

SOZIALMODELL STÄRKEN

Dies ist notwendig, weil die schwere Wirtschaftskrise zum Anlass genommen werden soll, das Europäische Sozialmodell zu stärken. In dieser Krise zeigt sich besonders deutlich, dass die soziale Absicherung nicht den privaten Kapitalmärkten überlassen werden darf. Wir treten für Reform und Ausbau des europäischen Sozialmodells ein. Auch in Hinkunft soll zwar die konkrete Ausgestaltung der kollektiven Absicherung im Alter, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit überwiegend auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen. Jedoch gilt es, auf EU-Ebene konkrete Vorgaben für die Erreichung sozialer Mindeststandards zu vereinbaren. Diese sollten vor allem den raschen Abbau der Rekord hohen Jugendarbeitslosigkeit, die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit, den Ausbau von Kindergärten und schulischer Ausbildung und die Einführung nationaler bedarfsorientierter Mindestsicherungen, Mindestpensionen und Mindestlöhne umfassen.

Eine Europäische Union, die jetzt aktiv in den sozialen Zusammenhalt investiert, könnte jenen Mut und jener Zuversicht begründen, die zur Bewältigung der Wirtschaftskrise dringend notwendig sind. Europa darf nicht in Protektionismus und Abschottung verfallen. Die EU muss der Krise mit dem offensiven Ausbau des europäischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Modells begegnen. Dieses hat jetzt die Chance, das US-Modell als weltweites Vorbild abzulösen.

Die Herausforderungen sind enorm. In der Europäischen Union droht die Zahl der Arbeitslosen von 16 Millionen auf

mehr als 25 Millionen steigen. Der mit Arbeitslosigkeit verbundene Einkommensverlust, die mit ihr einhergehende Armutsgefährdung und Perspektivlosigkeit führen nicht nur zu gewaltigen sozialen Problemen, sie schwächen auch die Ökonomie und bilden existenzielle Bedrohungen für das demokratische Europa. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen müssen daher im Mittelpunkt der Europäischen Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre stehen.

Aus neoliberaler Sicht entsteht Arbeitslosigkeit durch fehlende Anreize, eine Beschäftigung zum herrschenden Lohnsatz anzunehmen. Alle Maßnahmen zielen darauf ab, es den Arbeitslosen so »ungemütlich« wie möglich zu machen, um sie zur Aufnahme einer Beschäftigung zu bewegen. Dabei wird vernachlässigt, dass es zu wenige freie Stellen gibt. Die Situation gleicht dem Spiel aus Kindertagen (»Reise nach Jerusalem«), bei dem Kinder zu Musik um Sessel laufen und sich hinsetzen, sobald die Musik endet, dabei aber erkennen müssen, dass immer ein Sessel zu wenig vorhanden ist. Anhänger der »Marktreligiosität« glauben, dass dieses Problem durch »schneller laufende Arbeitslose« gelöst werden kann. Doch der Arbeitsmarkt hängt von den Märkten für Güter und Dienstleistungen ab, ausreichend entlohnte Arbeit bildet eine Voraussetzung für Wohlstand und glückliches Leben – derartige Aspekte werden in der neoliberalen Vorstellungswelt konsequent außer Acht gelassen.

Für uns ist Vollbeschäftigung nach wie vor oberstes Ziel, dass es mit allen Mitteln der Wirtschaftspolitik zu erreichen gilt. Aktive Finanz-, Geld- und Verteilungspolitik müssen jenes Niveau an Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sicherstellen, das die benötigte Zahl an Jobs garantiert. Aktive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche, ständige Aus- und Weiterbildung und vor allem die Erleichterung der Lebensplanung der jungen Generation durch das Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind das Gebot der Stunde. Von einer Verkürzung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit pro Beschäftigten versprechen wir uns einen besonders wirkungsvollen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Investitionen in die Qualität der Arbeitsplätze – von der Gesundheitsvorsorge, familienfreundlichen Arbeitszeiten bis zum Einkommen – und die bessere Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit durch Erhöhung des Arbeitslosengeldes sind notwendig.

EIN ÖKONOMISCHER KURSWECHSEL

In Europa ist eine Neuorientierung des wirtschaftspolitischen Denkens gefragt. Das Versagen der Ideologie der unregulierten Marktwirtschaft auf den Finanzmärkten und in der gesamten Wirtschaftspolitik ist offensichtlich. Wir brauchen einen neuen ordnungspolitischen Rahmen, der Marktversagen verhindert, Transparenz auf den Märkten herstellt und für eine ausreichende Versorgung der BürgerInnen mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen garantiert. Handlungsfähige Institutionen, sowie Mindeststandards in der Sozial-, Steuer-, Umwelt- und Technologiepolitik müssen dies ermöglichen.

Grundlage einer funktionierenden, wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft ist Transparenz, für Anbieter und Nachfrager gleichermaßen. Diese Transparenz ist auf vielen Märkten unzureichend gegeben. Die gegenwärtige Finanzkrise wurde auch dadurch verursacht, dass komplizierte spekulative Finanzprodukte von Händlern und vor allem von vielen Anlegern nicht verstanden wurden und das mit ihnen verbundene Risiko systematisch unterschätzt wurde. Öffentliche Aufsicht und Kontrolle haben weitgehend versagt. Private Rating-Agenturen konnten die ihnen übertragene Rolle der Bewertung von Wertpapieren nicht erfüllen. Die Finanzmärkte brauchen daher eine systematische Regulierung, damit sie ihre wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, die Vermittlung von Ersparnissen und Krediten erfüllen können. Das Schließen von Regulierungs- und Steueroasen versteht sich dabei von selbst.

Mangelnde Transparenz kann aber auch in der Realwirtschaft zu schädlichen Wettbewerbsverzerrungen führen. Undurchsichtige Eigentümerstrukturen bei großen Konzernen

können monopolähnliche Konstellationen entstehen lassen. Um das zu vermeiden, müssen Aufzeichnungen über Eigentumsverhältnisse (Firmenbücher) klar und offen gestaltet werden. Intransparenz kann nicht nur Wettbewerb verzerren, sondern auch Demokratie gefährdend sein. Besonders auf EU-Ebene hat der Einfluss von Lobbyisten auf wichtige Entscheidungen stark zugenommen. Diese verleihen den Interessen finanzkräftiger Akteure mehr Gewicht als ihnen in einer Demokratie zusteht. Hingegen können Gruppen ohne entsprechendes Lobbying ihre Interessen nur ungenügend artikulieren. Das führt zu ungleicher Machtverteilung, gesellschaftspolitischen Spannungen und untergräbt das demokratische Grundprinzip »one person, one vote«.

Öffentliche Regulierungen auf den Finanzmärkten oder in der Sicherstellung des Wettbewerbs stellen wesentliche Elemente einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik dar. Dieser Anspruch muss in stärkerem Ausmaß als bislang auch für die wirtschaftspolitischen Institutionen der Europäischen Union gelten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, des Europäischen Gerichtshofes oder der Europäischen Zentralbank sind nicht ausreichend demokratisch fundiert. Wir streben deshalb vor allem eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen an.

UNGLEICHVERTEILUNG BEKÄMPFEN

Eine der zentralen Ursachen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise bildet die enorme Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und vor allem von Vermögen. Die Finanzkrise verschärft nun neuerlich die Ungleichheit. Die Kosten tragen nicht die VerursacherInnen der Krise, sondern die kleinen Leute, vor allem durch den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Schon in den letzten Jahrzehnten hat sich die Ungleichheit massiv erhöht. Die Konzentration der Vermögensverteilung hat zugenommen, die Vermögenseinkommen sind ungleich rascher gestiegen als die Arbeitseinkommen, die Spitzenverdiener haben hohe Einkommenszuwächse erreicht, die Einkommen der gut ausgebildeten Besserverdiener sind viel rascher gewachsen als jene der nicht ausreichend Qualifizierten und der Frauen. Der zunehmende Wettbewerb zwischen den Staaten erodiert zudem jene Steuereinnahmen, die positive Umverteilungseffekte haben. Der zunehmende Druck auf die Steuereinnahmen beschränkt den Spielraum für die Staatsausgaben für Soziales, Gesundheit und Bildung, von denen positive Verteilungswirkungen ausgehen.

Märkte sind gut dazu geeignet, Produktionsmittel unterschiedlichen Verwendungszwecken zuzuführen. Wofür sie allerdings denkbar schlecht geeignet sind, ist die gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen. Deshalb sollten die jüngsten Erfahrungen auch auf europäischer Ebene zum Anlass genommen werden, Chancengleichheit und faire Verteilung in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Ein handlungsfähiger öffentlicher Sektor bildet dafür eine zentrale Voraussetzung.

THOMAS KARASEK
ist Mitarbeiter im Büro von Landeshauptmann Voves in Graz.

MARKUS MARTERBAUER
arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

Sie sind Autoren des Papiers »Sozialdemokratische Überlegungen für eine Neue europäische Wirtschaftspolitik (NEW)«.

Das ganze Papier zum Download findet sich hier:
www.stmk.spoe.at/steiermark/kampagnen-projekte/new-neue-europaische-wirtschaftspolitik

0
27
0
27

EU-WAHL
7. JUNI 2009

HANNES SWOBODA IM GENERAL MOTORS-WERK IN WIEN-DONAUSTADT

Europas Krisenlehren für die Finanzmarktkontrolle

SCHWERPUNKT Der allgemein akzeptierten Forderung nach schärferer Kontrolle der Finanzmärkte müssen nun Taten folgen. Miriam Broucek untersucht, welche Rolle und Aufgaben der EU bei einer effizienten Kontrolle der Finanzmärkte zukommt beziehungsweise zukommen müsste.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte und die Einbremsung der rasanten Konjunkturtalfahrten ist das Gebot der Stunde. Es gilt aber nicht nur, eine Wiederholung solch weltumspannender Wirtschafts- und Finanzkrisen weitgehend unmöglich zu machen und die eingetretenen Schäden in der Gesamtwirtschaft zu beheben. Wichtiges Anliegen muss es vielmehr auch sein, in Zukunft die förderlichen Funktionen der Finanzmärkte bestmöglich nützen zu können, ohne ein erneutes exzessives Auswuchern dieses Sektors zu provozieren. Insofern kann die anhaltende Krise, zumindest was den Bereich der Finanz- und Kapitalmärkte betrifft, auch als eine Art Reinigungsprozess begriffen werden. Eingedämmt werden muss vor allen Dingen die überdimensionale Aufblähung des Finanzsektors und die besondere Dominanz der Finanzspekulation. Deren Lobby krempelte nicht nur das bisher gelebte Verständnis von Unternehmensführung radikal um, sondern schuf auch mittels Druck auf politische Entscheidungsträger ein Umfeld, das nur allzu sehr dazu einlud, freimütig mit Fremdkapital zu spekulieren und daraus resultierende Risiken zu vernachlässigen.

FALSCHE ZIELSETZUNGEN

Die grundlegende Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Krise mitnehmen, lautet: Entgegen der neoliberalen Annahmen können sich die Finanz- und Kapitalmärkte fehlentwickeln und sie haben sich auch tatsächlich fehlentwickelt. Dies ist nicht nur auf die Zulässigkeit der Entwicklung intransparenter, hochkomplexer und hochriskanter Finanzprodukte, die einzig der Renditemaximierung dienen, zurückzuführen. Ganz entschieden wurde die augenblickliche Krise nämlich auch durch falsche Zielsetzungen in der Finanzpolitik verursacht. Hier ist in erster Linie das Übermaß an Deregulierung und die damit einhergehende, bewusst in Kauf genommene Oberflächlichkeit in Teilen der Beaufsichtigung der Finanzmärkte zu nennen, welche auf der völligen Liberalisierung des Kapitalverkehrs Anfang der 80er Jahre fußt. In Anlehnung an Paul Krugman kann festgehalten werden – es war vielleicht nicht das schlechteste, als der Bankensektor noch langweilig, aber dafür ein regulierter war.

Vor diesem Hintergrund müssen sich die weltweit führenden Aufsichtsbehörden den Vorwurf gefallen lassen, ihrer Aufgabe nur ungenügend nachgekommen zu sein. Selbst der »Economist« kritisiert etwa mittlerweile anlässlich der jüngst präsentierten institutionellen Reformvorhaben der britischen »Financial Supervision Authority (FSA)« deren lange Zeit gepflegte »light regulation«.[1] Allerdings muss dabei erwähnt werden, dass jene Aufsichtsbehörden Teil eines Systems waren, welches aufsichtsrechtliche Regelwerke im Standortwettbewerb eher als hemmend denn als langfristigen Stabilitätsgaranten betrachtete..

Die Verantwortung für Versäumnisse der Aufsicht liegt also nicht bei den Aufsichtsbehörden selbst. Vielmehr wird der Rahmen ihrer Möglichkeiten von den für sie verantwortlichen politischen Entscheidungsträgern festgelegt und abgesteckt, sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene. Insofern ist fraglich, wie die Aufsichtsbehörden ihre Aufgaben unter den gegebenen rechtlichen Bedingungen überhaupt im gebotenen Ausmaß hätten erfüllen können.

Das Beispiel Europa betrachtend, stellt sich etwa die Frage, weshalb ein gemeinschaftliches Europa mit einem vollständig verwirklichten Binnenmarkt, zu dem ja auch der Kapitalver-

1) http://www.economist.com/world/britain/displaystory.cfm?story_id=13343131

2) http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/de_larosiere_report_en.pdf

kehr gehört, nicht auch über eine gemeinschaftliche Aufsicht über seine Finanzmärkte verfügt. Stattdessen stehen dem nahezu einheitlichen europäischen Bankenmarkt mit seiner intensiven Verflechtung stark unterteilte und in ihren Systemen und Kompetenzen divergierende nationale Aufsichtssysteme gegenüber. Diese Konstellation verhinderte das nötige effektive Krisenmanagement, das eine schnelle und wirkungsvolle Reaktion in der ersten Zeit der Krise auf europäischer Ebene ermöglicht hätte und ist auch für die Zukunft keine gute Basis für eine funktionierende, gleichartige Beaufsichtigung. Eine europäische Aufsicht wäre darüber hinaus ein entscheidender Beitrag Europas für die erforderliche weltweit koordinierte Aufsicht über die globalen Finanzmärkte.

Der Europäischen Union kommt daher eine tragende Rolle bei der Neugestaltung der Finanzmärkte zu. Europa kann es sich nicht leisten, in der Zeit nach der Krise weiterhin im Status quo zu verharren. Neue Regulierungsmechanismen müssen so schnell wie möglich etabliert werden. Denn die Krise erfordert entschlossene Reaktionen – wieder einmal sind die europäischen Staaten aufgefordert, in gemeinsamer Zusammenarbeit die europäische Integration zu vertiefen. Die Reformvorschläge sollten dabei so ehrgeizig wie möglich sein.

Wie kann aber nun eine solche ehrgeizige Neuordnung der europäischen Finanzaufsicht ausgestaltet sein? In jedem Fall muss ein krisenfester Rahmen für eine europäische Finanzaufsicht geschaffen werden, der nicht von kurzsichtigen institutionellen und politischen Interessen getragen ist. Seine Hauptaufgabe wird es sein, das öffentliche Vertrauen in das Finanzsystem und seine Stabilität wiederherzustellen und zu bewahren. Ein zukunftsweisendes europäisches Finanzmarktaufsichtssystem muss zudem der Komplexität der existenten Finanzmärkte gewachsen sein. Eine Kombination von zentralen und dezentralen Befugnissen kann dieser Anforderung gerecht werden, etwa wenn nationale Aufsichtsbehörden nicht aufgelassen werden, sondern unter der Hauptverantwortung einer einzurichtenden europäischen Institution weiterhin tätig sind. Aufgrund der engen Verflechtungen und Zusammenhänge müssen unter diesem Dach nicht nur die großen grenzüberschreitend tätigen Kreditinstitute, sondern auch Versicherungen und Finanzdienstleister im Sinne einer integrierten Aufsicht beaufsichtigt werden.

Bevor eine derartige Institution geschaffen wird, müssen jedoch in einem vorbereitenden Schritt flankierende Maßnahmen getroffen werden. So müssen etwa rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, Aufsichtsregimes innerhalb Europas umfassend harmonisiert und nationale Wahlrechte so weit wie möglich reduziert werden. Diese Harmonisierung darf natürlich nicht zugunsten der niedrigsten vorhandenen Standards erfolgen. Schließlich müssen Umgehungsmöglichkeiten der Beaufsichtigung verhindert werden – denn eine umfassende Aufsicht aller Finanzinstitute und –instrumente in Europa ist das Ziel.

EMPFEHLUNGEN VON JACQUES DE LAROSIERÉ

Die von der Europäischen Kommission eingesetzte »High Level Group on Financial Supervision in the EU« rund um den ehemaligen Währungsfonds-Vorsitzenden Jacques de Larosieré im Februar 2009 präsentierten Vorschläge zu einer Reform der europäischen Finanzmarktaufsicht[2] sind zwar eine gute Ausgangsbasis, gehen aber im Endeffekt für die notwendige grundlegende und nachhaltige Reform zu wenig weit. Die de Larosieré-Gruppe adressiert sehr wohl die bestehenden Schwachstellen, doch die notwendigen Konsequenzen aus dieser Analyse ziehen sie nicht.

Zwar wird die Schaffung einer neuen gemeinschaftlichen Institution mit Aufsichtsbefugnissen angeregt, welche konkret mittels Aufwertung der bestehenden, sogenannten Level 3-Komitees CEBS (europäischer Ausschuss der Bankenaufseher), CESR (europäischer Ausschuss der Wertpapieraufseher) und CEIOPS (europäischer Ausschuss der Versicherungsaufseher) erfolgen soll. Doch fehlt eine klare Zielvorgabe sowie

3) http://ec.europa.eu/internal_market/investment/alternative_investments_en.htm

eine detaillierte Aufgaben- und Kompetenzzuordnung an die neue Institution. Allzu viele Fragen bleiben offen, nicht zuletzt die eigentlich wichtigsten Fragen nach der Entscheidungskompetenz und der fiskalischen Lastenaufteilung unter den Mitgliedstaaten.

Eine Vorgabe an de Larosieré war es, angesichts der Schwierigkeiten der Implementierung des Vertragswerkes von Lissabon keine Änderung der EG-Gründungsverträge zu implizieren. Mit dieser Entsprechung wird jedoch im Ergebnis keine echte Zentralisierung von Befugnissen auf europäischer Ebene zugelassen – und den vorgeschlagenen Reformen kann auf diese Weise keine wirkliche Durchschlagskraft zukommen. Alle Vorschläge, die einer neuen Institution nur eingeschränkte regulatorische Kompetenzen übertragen, werden dem Ziel einer effektiven europäischen Aufsicht nicht gerecht. Ohne die Möglichkeit, in bestimmten Fällen für alle Mitgliedsstaaten verbindliche Entscheidungen fällen und diese auch durchsetzen zu können, bleibt die Vision einer europäischen Aufsicht in dieser Form ein schwacher Kompromiss.

NICHT OHNE INSTITUTIONELLE REFORMEN

Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass es, besonders auf internationaler Ebene, meistens erst in Krisenzeiten zu weitreichenden institutionellen Reformen und Strukturänderungen kommt. Am vorläufigen Höhepunkt der Krise schien es, als hätten fast alle Länder der Welt, allen voran die USA und Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und eines gemeinschaftlichen Vorgehens erkannt. Mit dem US-Regierungswechsel erfuhren lange geschmähte Weltinstitutionen eine neue Bedeutung. Die dramatischen Auswirkungen der Krise haben die ansonsten nur allzu gern auf die eigenen Nationen bedachten Regierungschefs zur Zusammenarbeit und nie gekannten gemeinsamen Aktionen gezwungen. Die auf dem G-20 Gipfel Anfang April dieses Jahres beschlossenen Maßnahmenbündel werden die Standards setzen, auf denen künftige Legislativvorschläge der einzelnen Teilnehmerstaaten aufbauen werden.

Doch in Bezug auf Europa scheint es derzeit, als wäre der Eindruck der Finanzkrise noch nicht groß genug gewesen. Nachdem sich die Mitglieder der Europäischen Union bereits auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zu einer Regulierung des europäischen Finanzmarktes geeinigt hatten, scheinen nun Protektionismus und nationale Egoismen wieder die Oberhand zu gewinnen. Der anfängliche Wille der europäischen Staaten, mutig auf die Krise zu reagieren, scheint zu bröckeln. Insbesondere ist – wenig überraschend – Großbritannien bemüht, Vorschläge zur Stärkung der Beaufsichtigung zu verwässern.

Die von der Europäischen Kommission Mitte Mai zu erwartende Mitteilung, die, aufbauend auf den Vorschlägen der de Larosieré-Gruppe, Legislativvorschläge zur Stärkung der Aufsicht in Europa ankündigen wird, kann daher weniger mit Spannung, als mit gemischten Gefühlen erwartet werden. Es ist zu befürchten, dass sich die Kommission, wie etwa beim im April vorgelegten Entwurf zur Regulierung von Hedgefonds[3], nicht allzu weit aus dem Fenster lehnen und Kompromisslösungen den Vorzug geben wird. Vermutlich werden die Vorschläge genau denen von de Larosieré entsprechen – mit all dessen Schwächen und offenen Punkten. Keine Vision also, sondern ein Mittelweg. Es wäre bedauerlich, wenn die große Aussicht der Krise, die Herbeiführung längst überfälliger Veränderungen, ein ums andere Mal nicht genützt wird und das Europa von morgen in seinen Schwächen dem von heute gleicht – allzu nachgiebig gegenüber nationalen Einzelinteressen und ohne Möglichkeit und Willen, in Krisensituationen rasch und gemeinschaftlich zu agieren.

MIRIAM BROUCEK
Broucek ist Juristin in Wien und beruflich im Bereich der Finanzmarktkontrolle tätig.

Dieser Artikel spiegelt die persönliche Meinung der Autorin wider.

EU-WAHL
7. JUNI 2009

EVELYN REGNER SPRICHT AM SPÖ-BUNDESPARTEIRAT, 3. APRIL 2009

EU-WAHL
7. JUNI 2009

DIE SPÖ-ZENTRALE IN DER LÖWELSTRASSE MIT DEM A-TEAM

HEIDI HIRSCHBICHLER, JÖRG LEICHTFRIED, EVELYN REGNER UND HANNES SWOBODA

Die Sozialdemokratie, die Krise und die EU

SCHWERPUNKT Der Schriftsteller Michael Amon ist unserer Einladung gefolgt, die Aufgaben der und Hindernisse für die Sozialdemokratie bei der Überwindung des Neoliberalismus im Angesicht der Krise zu analysieren. Im Vordergrund steht für ihn dabei eine völlige Neugestaltung europäischer Politik, die sich nicht auf Sonntagsreden beschränkt, sondern an die Substanz der EU geht und die vier Grundfreiheiten und das Verständnis der Wettbewerbsfreiheit in Frage stellt.

Selbst die hoffnungsvollsten Optimisten können es nicht mehr leugnen: die Weltwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Bisher herrscht die Lesart vor, es handle sich um eine Finanzkrise, die entstandene Blase sei nach Jahren der Übertreibung geplatzt, die Zerstörungskraft der Explosion wirke nun auf die Realwirtschaft zurück. Der Ablauf der Ereignisse sei vor allem von der Gier der Akteure getragen: In der Realwirtschaft konnten die überzogenen Renditeansprüche nicht erzielt werden, also wurde spekuliert. Hätte man solide in die Realwirtschaft investiert, wäre es nie zur Blase gekommen. So plausibel diese Erklärung scheint, sie erklärt nicht, warum die Finanzkrise schlagartig auf die Realwirtschaft übergriffen hat und mit atemberaubendem Tempo ganze Branchen wie die Autoindustrie lahm legt. Die Ursachen der Krise liegen ganz offensichtlich tiefer.

DAS WESEN DER KRISE

Die Frage nach dem Wesen der Krise zu stellen, heißt, die Frage nach dem Wesen unserer Ökonomie zu stellen: Was für ein Systems ist das, wohin geht es, welche Einflussmöglichkeiten haben wir. Nach dem Scheitern des neoliberalen Großexperiments verabschieden wir uns nicht zum ersten Mal in der Geschichte von der Idee, der Markt könne alles regeln. Diese Forderung an den Markt überfordert die Marktmechanismen. Mit dem Platzen der Finanzblase ist nicht die Marktwirtschaft gescheitert, sondern die Kapitalverwertungswirtschaft. Märkte gibt es seit Menschen Handel treiben. Die Römer handelten ebenso mittels Märkten wie die Hanse. Niemand hätte im 15. Jahrhundert oder im Römischen Reich von einer Marktwirtschaft gesprochen, es herrschte Feudalismus bzw. Sklavenhalterei. Der Marktmechanismus kann Werkzeug unterschiedlicher ökonomischer Systeme sein. Erst seit rund 200 Jahren haben wir eine zunehmend kapitalistische Gesellschaft bzw. eine Kapitalverwertungswirtschaft. (Nicht umsonst nennt Marx sein Hauptwerk nicht »Der Markt«, sondern »Das Kapital«!) Auch diese Ökonomie bedient sich der Marktmechanismen. Sollte der Kapitalismus einmal abgelöst werden, wird es weiterhin Märkte geben. (Und der Kapitalismus wird eines Tages abgelöst werden, denn in der Geschichte ist noch jedes Wirtschaftssystem an Grenzen gestoßen und wurde von einem neuen verdrängt!)

Das Wesen des Kapitalismus ist es nicht, Handel zu treiben oder menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Er dient der Befriedigung eines einzigen Bedürfnisses: dem des Kapitals nach Verzinsung. Die Kapitalverzinsung ist der einzige Erfolgsmaßstab, und nicht etwa die Fähigkeit, eine Familie oder sich selbst zu ernähren, ein einkömmliches Auskommen zu haben. In dem Maße aber, in dem das Kapital reale Anlagemöglichkeiten gefunden hat, sich durch Verzinsung vermehren konnte, wird es immer schwieriger, die Zuwächse neu zu veranlagen. Darin besteht das Wesen der kapitalistischen Krise: zu viel Geld und zu wenig Anlagemöglichkeit. Wir erleben nicht bloß eine Krise der Finanzwelt, sondern eine strukturelle Systemkrise. Nicht allein individuelle Gier war Verursacher, sondern der entfesselte Kapitalismus, in dessen Logik die Gier nur ein Treibmittel ist, ähnlich der Germ im Teig. Die Reduzierung der Vernunft auf ökonomisches Handeln ist einer der entscheidenden Webfehler des Neoliberalismus, denn die Ökonomie ist ein Spielfeld des Irrationalen: Hoffnungen und Erwartungen, Ängste und Befürchtungen, Gier und Unersättlichkeit sind hier die Triebfedern, Vernunft nur schwer zu erkennen.

Schon seit der Ölkrise der 1970er-Jahren stößt die Kapitalverwertung an Grenzen: Es mangelt an rentierenden Investitionsmöglichkeiten. Angesichts bestehender Überkapazitäten bei rasant steigender Produktivität hatten Zusatzinvestitionen keinen Sinn. Das Kapital wuchs schneller als die Möglichkeit zur Sachanlage. Es bestand kaum Bedarf an weiteren Kühlschrankfabriken oder Autowerken, um die rasch steigenden Anlegerbedürfnisse abdecken zu können. Weltweit existieren bereits Kapazitäten für den Bau von zirka 94 Millionen PKWs. Der Absatz im Jahr 2008 betrug rund 57 Millionen und wird 2009 auf voraussichtlich 50 Millionen fallen.

VERWERTUNGSKRISE & UNGLEICHVERTEILUNG

Verschärft wurde diese Problematik in den letzten Jahrzehnten durch die einseitige Zuteilung der Produktivitätsfortschritte in Richtung Kapital (stagnierende Reallöhne). Die großflächige Umsetzung von Pensions»reformen« mit der Privatisierung von Teilen der Alterssicherung, führte einem an Überliquidität leidenden Kapitalmarkt weitere Mittel zu. Normalerweise hätte das zu hoher Inflation führen müssen. Durch die Erfindung immer neuer Finanzinstrumente gelang es, diese »überflüssigen« Geldmengen von der Realwirtschaft fernzuhalten und in eine Inflation der Aktienmärkte zu verwandeln (euphemistisch »Börsenhausse« genannt). So konnte sich die Finanzblase erst richtig entwickeln – die Logik des Kapitalismus ließ den Akteuren keine Alternative. Als Nebeneffekt verdeckte die Finanzblase die Krise der Realwirtschaft, indem sie etwa den US-Bürgern eine fast grenzenlose Privatverschuldung ermöglichte, die ihrerseits die Realwirtschaft stimulierte.

Mit jedem neuen Gewinnrekord verschärfte sich aber die Verwertungsproblematik und zwang zur Erfindung neuer Finanzkonstruktionen. Alle schützenden Grenzen wurden niedergerissen, die Kapitalverwertung unterlag einer steten Beschleunigung. Gleichzeitig sank die Sockelarbeitslosigkeit in der Realwirtschaft seit Jahrzehnten nicht mehr. Die letzten 25 Jahre brachten eine durch die Informationstechnologie ausgelöste rasante Produktivitätssteigerung ohne Verkürzung der Arbeitszeit (stattdessen eine strukturell hohe Arbeitslosigkeit). Der Produktivitätsanstieg in der Autoindustrie beträgt jährlich zwischen fünf und zehn Prozent. Kann der Absatz nicht in diesem Ausmaß gesteigert werden, erhöht sich die Arbeitslosigkeit. Um die Beschäftigung stabil zu halten, hätten die Produktivitätsfortschritte in Arbeitszeitverkürzungen umgesetzt werden müssen. Praktisch: Die Wochenarbeitszeit hätte auf rund 25 Stunden gesenkt werden müssen. Der leider zu früh verstorbene Sozialminister und GPA-Vorsitzende, Alfred Dallinger, hat auf diese Problematik schon in den 1980er-Jahren hingewiesen, wurde aber nicht einmal von der eigenen Gewerkschaft ernst genommen.

Die Verwertungskrise des Kapitals ist nichts anderes als die ökonomische Erscheinungsform der ökologischen Grenzen des Wachstums, die ihrerseits eine letzte, nicht überschreitbare Wachstumsschranke darstellen: In einer endlichen Welt gibt es kein unendliches Wachstum. Wo immer diese Grenze ist – jedes Wirtschaftssystem wird sie irgendwann erreichen und zu entsprechenden Adaptionen des menschlichen Handelns zwingen. Fragen des Eigentums, der sozialen Verantwortung und der demokratischen Entwicklung werden nach dieser Krise völlig neu gestellt werden müssen. Denn wenn Regierungen nun locker mit Billiarden jonglieren, während in Deutschland 250.000 Kinder dank neoliberaler Hartz-Reform auf Suppenküchen angewiesen sind, kann die Frage nach der sozialen Verantwortung von Eigentum nicht länger ignoriert werden.

Die geplanten Sanierungsmaßnahmen führen durch die zu erwartende Inflation längerfristig zur großflächigen Enteignung breiter Bevölkerungsschichten. Die während dieser Krise vorzunehmenden Kapazitätsverringerungen in der Industrie werden in vielen Branchen von Dauer sein, man soll da keine Illusionen haben. Es werden Produktionsanlagen vom Markt genommen, die schon seit Jahren niemand gebraucht hat. Möglich, dass es zu Erneuerungsinvestitionen kommt, aber ziemlich sicher nicht zu Erweiterungen. Die derzeitigen

Kurzarbeitslösungen werden längerfristig in Arbeitslosigkeit münden, wenn die Regelarbeitszeit – im Gegensatz zu den EU-Bestrebungen – nicht radikal abgesenkt wird.

Der Sozialdemokratie wird es nicht erspart bleiben, endlich wieder eine Grundsatzdebatte über ökonomische Fragen zu führen und ihre eigene Theorie zu entwickeln, die sowohl Grundlage als auch Ausdruck ihrer Politik ist. Da geht es nicht um uneinlösbare Utopien, sondern um Erkenntnisse über das ökonomische Wesen unserer Gesellschaft; um Grundlagen, auf denen eine Politik aufbauen kann, die sich den noch immer gültigen sozialdemokratischen Grundwerten von Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität verpflichtet fühlt und nicht irgendwelchen dubiosen dritten oder vierten Wegen ins Nichts der hochspekulativen Nichtleistungsgesellschaft nachläuft. Das von der Postmoderne behauptete Ende der großen Erzählung war nicht nur ein Irrtum, sondern eine Lüge, die es den Neoliberalen ermöglichte, den religiösen Charakter ihrer Theorie zu verschleiern. Die Sozialdemokratie wird ihre Geschichte von Gerechtigkeit neu erzählen müssen – in aller Bescheidenheit und mit jenem Sinn für machbare Utopien, die sie schon immer ausgezeichnet haben.

Es spricht alles dafür, einige angeblich unumstößliche Wahrheiten auf ihre Gültigkeit zu überprüfen. Etwa die dogmatisch verengte Sicht auf den Freihandel. Es ist evident, dass diese Theorie des Ökonomen Ricardo schlichtweg falsch ist. Schon die Grundprämisse ist unhaltbar: Ricardo geht von einem Gleichgewicht der Märkte aus in dem alle produzierten Güter abgesetzt werden können. Noch enthüllender ist aber eine andere Grundannahme Ricardos: Er ging davon aus, dass die Einkommen der Lohnabhängigen so gut wie nie (schon gar nicht langfristig) über das reine Existenzminimum steigen würden (wegen der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern, Ricardo baute diese These auf der Theorie seines Freundes Malthus über das Bevölkerungswachstum auf). Freier Handel stellte also keine Bedrohung für die Einkommen der Arbeitenden dar, da denen kaum mehr etwas weggenommen werden konnte. Wäre Ricardos Theorie richtig, hätte es den Aufstieg der Arbeitsklasse in den westlichen Industriestaaten nicht geben dürfen.

Stehen hoch entwickelte Industriegesellschaften mit ebenso hoch entwickelten Lohnstrukturen in Konkurrenz, begegnen sich ökonomisch auf Augenhöhe, dann ist Freihandel im Rahmen der ökologischen Vernunft sinnvoll. Aber Freihandel zwischen Hochlohnländern und anderen, die wie China eine Art Industriefeudalismus praktizieren, kann nur schief gehen. Sogar das Lohngefälle innerhalb der EU ist zu hoch, um in dieser totalen Freihandelszone fair konkurrieren zu können. Es ist eine Jagd nach immer niedrigeren Standards.

Um diese Jagd zu verhindern, ist eine neuer, sanfter Protektionismus zu wagen (auch wenn dieser Begriff bewusst diskreditiert wurde). Protektionismus ist Schutz, und es ist sinnvoll, bei einem Flächenfeuer Brandkorridore zu bilden, um die Ausbreitung der Flammen zu erschweren. Außerdem (und das lehren sogar die Neoliberalen) ist die Gesamtwirtschaft in ihrer globalen Vernetzung absolut undurchschaubar. Es ist also durchaus vernünftig, Maßnahmen in kleineren Einheiten durchzuführen, und diese Einheiten entsprechend zu schützen.

EUROPAS ROLLE IN DER KRISE

In Anbetracht der Tatsache, dass die EU sich ohnedies auf keine wirklich gemeinsamen Maßnahmen einigen kann, ist es plausibel, dass jedes Land seine spezifischen Maßnahmen trifft und auch entsprechend schützt. Entgegen den Annahmen der neoliberalen Ideengeber haben die Maastricht-Kriterien und der Euro keineswegs dazu geführt, dass die europäischen Nationalwirtschaften einander angeglichen hätten. Im Gegenteil: Viele Experten sehen eine Zerreißprobe auf den Euro zukommen, manche sprechen von der durchaus realen Gefahr, dass der Euro scheitert. (Auch das spricht übrigens dafür, mit den eingesetzten Mitteln, die vor Ort aufgebracht werden, auch die Arbeitsplätze vor Ort zu schützen.) Das Scheitern

der Konvergenztheorie ist in Wahrheit keine Überraschung – längst weiß man aus der Spieltheorie, dass Kooperation bessere Ergebnisse bringt als eine auf primitiv-sozialdarwinistischen Prämissen aufbauende Wettbewerbssituation.

Ebenso wenig ist es sinnvoll, die großspurig-ahnungslosen Wirtschaftsführer, die uns mit arroganter Geste und schamlos hohen Einkünften in dieses Schlammassel geführt haben, ungeschoren davon kommen zu lassen. Eine für die Eigentümer risikolose Sanierung von Banken und Industrieunternehmen ist abzulehnen. Wie immer diese Krise ausgehen wird – die Rechnung zahlt auf jeden Fall die Masse der kleinen und mittleren Steuerzahler (die theoretisch großen Steuerzahler sitzen schon auf den Bahamas oder sonstwo und zahlen nichts). Die Pensionen der Normalverdiener (also auch des gesamten Mittelstandes) sind wieder voll mittels des Generationenvertrags abzusichern – sicherer als das Ansparmodell ist das allemal (und nach den bisherigen Erfahrungen auch noch billiger).

GRUNDFREIHEITEN SIND TEIL DES PROBLEMS

Letztendlich wird kein Weg daran vorbeiführen, die vier Freiheiten der EU neu zu definieren (oder u. U. ganz über Bord zu werfen). Die grundsätzlich neoliberale Definition der EU ist zu beseitigen, da diese Orientierung ganz offensichtlich versagt hat. Eine Neudefinition dieser vier angeblichen Freiheiten ist schon deshalb dringend angesagt, weil sie dem EuGH dazu dienen, sich auch in jene Bereiche mit neoliberalen Vorschriften und Auslegungen einzumischen, die eigentlich der Gestaltungskompetenz der Nationalstaaten vorbehalten sind.

Zuletzt brachte z. B. die Entscheidung über die unzulässige Differenzierung der Bedarfsprüfung bei Ambulanzen und Gruppenpraxen in Österreich einen Eingriff in die angebliche Autonomie der nationalen Gesundheitspolitik. Zumeist dient vor allem die »Niederlassungsfreiheit« als Brechstange gegen nationale Schutzmechanismen. So wurde etwa auch jene Praxis der deutschen Bundesländer als unzulässig erklärt, die darin bestand, bei öffentlichen Aufträgen darauf zu bestehen, dass die Auftragsnehmer – unabhängig von ihrem Herkunftsland – die örtlichen Kollektivverträge einhalten müssen.

Die vier Freiheiten haben zwar das Kapital entfesselt, erweisen sich jetzt aber als Fesseln bei der freien Entwicklung der Menschen und beim Versuch der Bewältigung der Krise. Wie sich nämlich zeigt, sind die meisten nun notwendigen Maßnahmen nur umzusetzen, wenn die EU-Grunddogmen verletzt werden. Das beginnt bei der Sanierung der AUA und endet bei so abstrusen Problemen wie dem, dass die Staatshaftung für Staatsmuseen(!!!) als wettbewerbsverzerrend eingestuft wird. Die meisten nun geplanten Eingriffe widersprechen irgendwelchen Bestimmungen der EU, und es ist ein offenbarer und erneuter Propagandaschwindel, davon zu sprechen, wie gut die EU sich bei der Krisenbewältigung bewährt habe. Davon kann keine Rede sein, da es – wie erwähnt – weder gemeinsame Maßnahmen noch eine verbindliche Akkordierung der Vorgangsweisen gibt. Auch die Wirkungsmacht der europäischen Zentralbank war keineswegs so groß, wie behauptet. Der gleiche Effekt hätte auch ohne Euro in einem System fester Wechselkurse erzielt werden können.

WETTBEWERBSBEGRIFF HINTERFRAGEN

Es wird – um noch ein Beispiel zu nennen – auch notwendig sein, die Finanzströme wieder sektoral zu kontrollieren und von entsprechenden realen Warenbewegungen abhängig zu machen. Wer das nicht will, nimmt ganz automatisch die nächste Finanzblase in Kauf. Durch die nunmehr fließenden Staatsmittel besteht ohnedies die Gefahr, dass der bestehenden Überliquidität bloß neue Überliquidität hinzugefügt wird (gehemmt ist nur der Liquiditätsfluss, Geld ist genug da, die Banken hocken misstrauisch darauf herum).

Damit sind noch lange nicht alle Notwendigkeiten erwähnt. Nur eine kurze und keineswegs vollständige Aufzählung: Abschaffung aller Bewertungsvorschriften (zynisch »Fair-Value«-Prinzip genannt), die den Ausweis nicht realisierter Gewinne ermöglichen; Verbot aller Hedge-Geschäfte,

die nicht der Absicherung von Produktionsaufträgen dienen; Beseitigung des unsinnigen und auf sozialdarwinistischen Theorien aufbauenden Wettbewerbsbegriffs der EU-Verträge; scharfe und wirksame Maßnahmen gegen jede Form von Sozialdumping innerhalb und außerhalb der EU – und nicht zuletzt: Ermöglichung einer wirklich akkordierten und sozialverträglichen Steuer- und Finanzpolitik innerhalb der EU.

All jenen aber, die das Heil darin sehen, die EU zu sprengen, ist eine strikte Absage zu erteilen. Ebenso sind aber auch all jene in die Schranken zu weisen, die jedem Kritiker der EU unterstellen, ein prinzipieller Gegner der europäischen Einigung zu sein. Es wird wirklich Zeit, die EU vor ihren blinden Apologeten zu schützen. Vor der Abstimmung über den EU-Beitritt war eines der gewichtigen Argumente für den Beitritt jenes, dass nur diejenigen, die auch Mitglied sind, mitsprechen und die Entscheidungen der EU beeinflussen können. Es wird endlich Zeit, dass die österreichische Regierung sich dazu aufrafft, dieses Mitspracherecht ernst zu nehmen. Womit wir wieder bei der Sozialdemokratie angelangt sind.

Es wird auf Dauer nicht reichen, in Wahlkämpfen eine sozialere EU zu verlangen, ohne in den europäischen Gremien entsprechend zu agieren und auch Leute dorthin zu entsenden, die solche Standpunkte nachhaltig und energisch vertreten. Doch der neoliberal gesteuerte europäische Zug wird nur dann zu einer vernünftigen Richtungsänderung bewegt werden können, wenn die Geleise neu verlegt werden. Und das wiederum verlangt, dass die europäischen sozialdemokratischen Parteien erstmals in ihrer Geschichte zu wirklich internationalistischen Parteien werden.

Wenn der neoliberale Grundcharakter der EU verändert werden soll – und dass das notwendig ist, steht nach dieser Krise wohl außer Zweifel – dann werden die europäischen Sozialdemokratien zu einer halbwegs einheitlichen, konzisen Politik finden müssen, die sie im Gleichklang umsetzen. Dazu bedarf es neben einer europäischen Gesinnung auch der Neuformulierung ökonomischer Grundlagen, der Herausarbeitung gemeinsamer Zielsetzungen, der Konsensfindung darüber, wie wir heute soziale Gerechtigkeit und Freiheit definieren, welche Ziele Priorität haben, und wie wir aus einem Europa der Konzerne ein Europa der Menschen machen können. Ziel sozialdemokratischer Politik muss es sein, das Bündnis zwischen sozial schwachen Schichten und dem Mittelstand wieder herzustellen.

MASSENARMUT WIRD RISKIERT

Wohlstandspolitik ist immer Mittelstandspolitik – nur sozialdemokratische Politik wird beiden Kriterien gerecht: einerseits die Armen nach unten hin abzusichern und gleichzeitig die Lebensrisken für den Mittelstand zu minimieren. Insbesondere die Sicherung einer Altersversorgung, die diesen Namen verdient, ist nur in einem staatlichen System möglich. Der Entwicklung in Richtung privater Vorsorge für alle ist Einhalt zu gebieten, gleichzeitig ist die Finanzierung des Pensionssystems über das Steuersystem zu verstärken und die über Sozialabgaben zu verringern und längerfristig gänzlich zu beseitigen.

Ein wesentlicher Teil neoliberaler Politik war es, den Mittelstand einem unsinnigen (und für ihn nicht gewinnbaren) internationalen Wettbewerb auszusetzen. Wenn man aber den Mittelstand erodieren lässt, riskiert man Massenarmut. Die USA oder auch Großbritannien sind ausgezeichnete Beweise für diese These.

Nach dieser Krise wird die Welt anders aussehen. Sollte es der europäischen Sozialdemokratie nicht gelingen, ihr Aussehen ebenfalls zu ändern und an die neuen Erkenntnisse und Gegebenheiten zu adaptieren, sollte sie den Weg zurück zu den »einfachen« Leuten nicht finden, dann werden ihre Tage gezählt sein. Es ist durchaus erstaunlich, wie rasch die Sozialdemokratien den Geist des Neoliberalismus in sich aufgesogen haben – die Maastrichter Konzepte entstanden während einer Phase, da es in fast allen europäischen Staaten sozialdemokratische Mehrheiten gegeben hat. Es wird interessant sein zu be-

obachten, ob und wie schnell die Sozialdemokratien diesen Klotz am Bein wieder anbringen werden.

SOZIALDEMOKRATIE MUSS HANDELN

Die Frage nach den Bewältigungsmöglichkeiten dieser Krise zu stellen, heißt auch, die Frage nach dem Wesen der Sozialdemokratie zu stellen. Das erste Mal in der Geschichte wird die Zukunft der Sozialdemokratie in ganz Europa davon abhängen, ob sie in der Lage ist, die internationalistische Grundidee der Gründungszeit erstmals wirklich mit Leben zu erfüllen und in praktische Politik umzusetzen. Sollte sie an diesem Versuch scheitern (oder ihn erst gar nicht wagen), dann wird das Projekt eines sozialen, menschennahen Europas scheitern. Mit allen Konsequenzen die das hat bis hin zum Platzen der EU.

Wer außer der Sozialdemokratie wäre in der Lage, die Politik für ein nachkapitalistisches, soziales Europa mit marktwirtschaftlichen Elementen zu formulieren? Denn einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz wird es ebensowenig geben, wie es einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz gab. Zweiterer lag seit 1968 im Sterben und verröchelte 1989 endgültig.

Und das menschliche Antlitz des Kapitalismus entpuppte sich als allzu menschlich: verzerrt von Gier und Maßlosigkeit. All die angeblichen Fortschritte durch die Globalisierung sind mit einem Mal weggewischt, die Entwicklungsländer um Jahrzehnte zurückgeworfen. Unter dem Strich hat das neoliberale Großexperiment einige, wenige Milliardäre und hunderte Millionen zusätzlicher Armer in Form von working poors produziert, die nun auf poor reduziert worden sind.

Die Zukunft der Sozialdemokratie wird gesamteuropäisch sein – oder gar nicht!

MICHAEL AMON
lebt als freier Schriftsteller in Wien und Gmunden. Zuletzt erschien zur hier behandelten Problematik die Essay-Sammlung »Nach dem Wohlstand. Politik jenseits der Menschen« bei Molden.

Im kommenden Herbst erscheint ebenfalls bei Molden die Aufsatzsammlung »Ehrlich währt am längsten – Sprüche für die Dummen/100 Wutanfälle«, eine Abrechnung mit dem neoliberalen Zeitgeist.

EU-WAHL
7. JUNI 2009

EVELYN REGNER, JÖRG LEICHTFRIED, HANNES SWOBODA UND KARIN KADENBACH BEIM WAHLKAMPFAUFTAKT

Eine zersplitterte Linke – zur Lage der polnischen Sozialdemokratie

POLEN In seinem Beitrag zeichnet Christoph Lipinski die historische Entwicklung und schwierige aktuelle Situation der polnischen Linken, die sowohl durch große Zersplitterung, als auch durch tiefgehende programmatische Identitätsprobleme geprägt ist.

Nachdem sich die realsozialistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) 1990 nach der Wende aufgelöst hatte und sich mehrere Splitterparteien ergaben, wurde in Polen 1991 ein Wahlkomitee gegründet, das unter dem Namen Bund der Demokratischen Linken (SLD) mehrere Linksparteien versammelte und als eine Nachfolgepartei der PZPR gelten kann. 1993 ging sie mit den Konservativen die erste Koalitionsregierung der sogenannten Dritten Republik ein. Dabei wurde die seit 1997 geltende polnische Verfassung, welche die parlamentarische Demokratie verankerte, nicht zuletzt vom SLD geprägt.

Doch erst 1999 wurde aus diesem Wahlkomitee eine reguläre, offizielle Partei, welche von nun an die wichtigste sozialdemokratische Kraft in der polnischen Parteienlandschaft darstellte. Der SLD hatte 2002 maßgeblichen Einfluss auf den Beitritt Polens in die Europäische Union, war aber innenpolitisch bereits sehr stark am Wirtschaftsliberalismus und damit auch an einem – für das politische Kräfteverhältnis in Polen – opportunen »Antikommunismus« orientiert.

Nach mehreren Skandalen spaltete sich 2004 die Sozialdemokratie Polens (SdPL) vom SLD ab. Als Begründung gab die SdPL vor allem Korruption und Nepotismus in der alten Partei an. Dabei proklamierte sie in ihrem Programm bezeichnenderweise drei programmatische Säulen: erstens die Forderung nach einem korruptionsfreien Staat, zweitens die Orientierung an sozialdemokratischen Grundwerten und drittens ein klares Bekenntnis zu Europa. Trotz der Spaltung kam es 2006 – gemeinsam mit der Union der Arbeit (UP) und der linksliberalen Demokratischen Partei (PD) – anlässlich der Kommunalwahlen zu einem Bündnis zwischen SdPL und SLD unter dem Namen Linke und Demokraten (LiD). Dieses Bündnis konnte indes 2007 bei den Parlamentswahlen nur 13,15 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die bündnisbildenden Parteien verloren dabei 4,45 Prozent gegenüber den Wahlen von 2005 und konnten hinter der liberalen Bürgerplattform (PO mit 41,51 Prozent) und der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS mit 32,11 Prozent) nur drittstärkste Kraft werden. Nunmehr in die Opposition gedrängt, hatte der SLD nach diesem liberalisierenden Profilierungsversuch seine programmatischen linken Reserven weitgehend eingebüßt.

Das Bündnis LiD zerfiel 2008, woraufhin der bisherige Generalsekretär Grzegorz Napieralski zum neuen Vorsitzenden des SLD gewählt wurde. Eine Partei, die – wie die Linke insgesamt – bis heute größte Schwierigkeiten damit hat, sich angesichts der Vormachtstellung der rechten Regierungsparteien neu zu besinnen, da sie das Potential des linken Wählerspektrums schon seit geraumer Zeit nicht ausschöpfen kann.

ANDERE LINKSPARTEIEN

Neben dem SLD und der SdPL existieren in Polen allerdings noch andere linke Parteien. Die wichtigsten sollen hier kurz angeführt werden: So gründete sich 1992 die bereits erwähnte Union der Arbeit (UP), welche ursprünglich aus dem linken Flügel der Solidarność hervorging. Da die UP allerdings als treue Partnerin des SLD wahrgenommen wird, kann sie nicht von dessen Legitimitätskrise profitieren. Es erscheint daher als eine mögliche Variante, dass die UP in Zukunft mit dem SLD verschmilzt. Die traditionsreichste linke Partei ist die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die bereits 1892 in Paris gegründet wurde. 1948 wurde sie mit der PZPR zwangsvereinigt und existierte bis 1987 nur im Exil. Trotz eines betont

antikapitalistischen Kurses und ihrer Losung »Arbeit - Frieden - Gerechtigkeit« gelang es der PPS jedoch nicht, aus der Krise des SLD Nutzen zu ziehen. Dies hat auch damit zu tun, dass sich mit der 2003 gegründeten Neuen Linken (Nowa Lewica) eine weitere Partei auf die antikapitalistischen Grundsätze und Traditionen der PPS beruft. Die Neue Linke setzt sich z. B. dafür ein, die soziale Grundsicherung zum Verfassungsrecht zu erheben und versucht mit der Europäischen Antikapitalistischen Linken zusammenzuarbeiten. Der Öffnung gegenüber PPS und UP steht dabei eine klare Absage an eine Zusammenarbeit mit dem SLD gegenüber.

Bemerkenswert ist die ideologische Ausrichtung der Antiklerikalen Partei des Fortschritts (RACJA), die für die strikte Trennung von Kirche und Staat eintritt und seit 2002 existiert. Im Umfeld der Zeitschrift »Fakty i Mity« (Fakten und Mythen) verbindet sie Sozialdemokratie, Antiklerikalismus, Feminismus und Pazifismus. Derzeit ohne Wahlchancen (2005 erhielt sie nur 0,77 Prozent der Stimmen) könnte RACJA in Zukunft aber für enttäuschte SLD-Wähler oder -Mitglieder interessant werden.

Seit kurzem gibt es in Polen auch eine grüne Partei: Zielony 2004 (Die Grünen 2004). Neben ökologischen Themen versucht diese Partei sich vor allem als Vertreterin emanzipatorischer Bewegungen (Gender-Problematik und sexuelle Minderheiten) zu etablieren und sieht sich als Teil der Antikriegsbewegung und des globalisierungskritischen Diskurses. In Umfragen werden Die Grünen 2004 bis dato jedoch nicht notiert.

IDENTITÄTSVERLUST DER LINKEN

Insgesamt ist hervorzuheben, dass die postkommunistische Situation es der gesamten polnischen Linken auch heute noch besonders schwer macht, an Kontur zu gewinnen, da die konservativen Parteien jederzeit die Möglichkeit besitzen, linke Forderungen mit dem Verweis auf die verheerenden Wirkungen der kommunistischen Volksrepublik zu delegitimieren. Linke und insbesondere sozialdemokratische Politik wird so immer wieder als »kommunistisch« denunziert. Auch um dieser Strategie vorzubeugen, hat Leszek Miller als Vorsitzender des SLD bereits 2001 erklärt, dass es der Sozialdemokratie nicht nur um die eigene, linke Klientel gehen dürfe, sondern sie sich an den Bedürfnissen aller Bürger zu orientieren habe.

Der Markt hat eben – so Miller – immer recht. Der Verlust eines linken Profils kam vor allem dadurch zustande, dass sich die Linke immer offener von der Orientierung auf soziale Gerechtigkeit und soziale Wohlfahrt distanzierte, weil diese Prinzipien im politischen Raum nachdrücklich mit der Politik der PZPR assoziiert wurden. Der SLD neigte daher auch dazu, antagonistische und konfligierende Interessen im sozialen Raum – etwa zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern – zu nivellieren. Wenngleich man dieser Tendenz zu Beginn noch Widerstand entgegensetzte, wurde klassische linke Politik selbst innerhalb des SLD immer mehr dem allgemeinen ökonomischen Streben nach Wirtschaftswachstum untergeordnet.

KONSERVATIVE SETZEN SICH IN SZENE

So konnten die konservativen und nationalistischen Kräfte die Einflussbereiche der linken Parteien mehr und mehr übernehmen: Die Bürgerplattform (PO) setzte sich verstärkt als »Partei der Modernisierung« in Szene und die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) stellte einem »liberalen« ein »solidarisches« Polen entgegen. Nicht zuletzt dadurch gelang es den rechten Parteien, ihre politische Vormachtstellung zu konsolidieren. Diese doppelte Umklammerung drängte alle linken Parteien in die Defensive und führte vor allem im SLD zu der fatalen Strategie, den Wirtschaftsliberalismus der Rechten noch übertreffen zu wollen. Eine prekäre Legitimationskrise war dabei also vorprogrammiert.

Gleichzeitig hat sich aber in der Linken ein Vakuum gebildet, das in nächster Zukunft geschlossen werden wird bzw. geschlossen werden muss. Dabei scheint es für die polnische

Linke von großer Wichtigkeit zu sein, eine klare Strategie und eine feste Programmatik zu entwerfen, die sich dem permanenten und negativen Verweis auf die Geschichte der kommunistischen Volksrepublik genauso entgegensetzt wie der Nivellierung von Interessenskonflikten. Insgesamt stellt sich angesichts der polnischen Innenpolitik also heute die Frage, ob es der SLD gelingen wird sich zu reformieren, oder ob man auf die Herausbildung einer anderen linken Formation wird warten und setzen müssen.

CHRISTOPH LIPINSKI
ist Vorsitzender von neuBASIS, dem Netzwerk der Jungen im BSA.

DIE FOTOGRAFEN UND DAS A-TEAM

Unbeschränkt studieren!

UNIVERSITÄT Die Debatte um die vermeintlich notwendigen Zugangsbeschränkungen an Österreichs Universitäten wird wegen der von Wissenschaftsminister Hahn geplanten flächendeckenden Studieneingangsphasen in den kommenden Monaten einen Höhepunkt erreichen. Wir haben Maria Maltschnig um eine Einschätzung aus Sicht des VSSTÖ gebeten.

Der Siegeszug des Neoliberalismus hat auch vor den österreichischen Universitäten nicht Halt gemacht. Dem internationalen Trend folgend, verwandelten die Regierungen der letzten Jahre die Unis in privatwirtschaftlich organisierte Einrichtungen mit einem allmächtigen Management (Rektorat), einem Aufsichtsrat (Universitätsrat) und KundInnen (StudentInnen), die zahlen, um eine Leistung zu erhalten. Auch das Paradigma der staatlichen Finanzierung von Bildungseinrichtungen wurde verworfen.

Zwar werden die Hochschulen immer noch zu einem großen Teil vom Staat finanziert, aufgrund der Mittelknappheit sind sie jedoch dazu gezwungen, sich verstärkt um Drittmittel aus der Privatwirtschaft zu bemühen. In einem Bereich unterscheiden sich die österreichischen Universitäten jedoch gravierend von den meisten anderen in Europa: Mit Ausnahme der medizinischen Fächer können StudienanfängerInnen ohne Aufnahmeverfahren das von ihnen gewünschte Studium an einer Universität beginnen. Wenn es nach Wissenschaftsminister Johannes Hahn und Rektoren-Chef Christoph Badelt geht, soll der offene Hochschulzugang bereits ab Herbst Geschichte sein. Dann soll es flächendeckende Zugangsbeschränkungen sowohl für Bachelor- als auch für Masterstudien geben.

Ausgelöst wurde die öffentliche Debatte um Zugangsbeschränkungen durch ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. Die EU-Kommission hatte dort die Republik Österreich geklagt. Grund für diese Klage war eine gesetzliche Bestimmung, wonach nicht-österreichische StudienanfängerInnen bereits einen Studienplatz in ihrem Heimatland nachweisen müssen, um für dasselbe Studium in Österreich zugelassen zu werden. Österreichische StudienanfängerInnen unterlagen keinerlei Auflagen, was eine Ungleichbehandlung von ÖsterreicherInnen und Studierenden anderer EU-Staaten bedeutete. Der EuGH stellte in seinem Urteil vom 5. Juli 2005 fest, dass die Republik Österreich hier tatsächlich gegen geltendes EU-Recht handelte. Der Aufschrei hierzulande war groß. Vor allem die medizinischen Universitäten befürchteten einen nicht zu bewältigenden Ansturm von »Numerus-Clausus-Flüchtlingen« aus Deutschland. Nur drei Tage später verabschiedete die damalige schwarz-orange Regierung eine Gesetzesnovelle, die den Unis in bestimmten Fächern die Beschränkung des Zuganges erlaubte. Besonders restriktiv wird seither der Zugang zu den medizinischen Studien geregelt. Sowohl in der Human- als auch in der Veterinärmedizin müssen StudienanfängerInnen einen umfangreichen Aufnahmetest ablegen. Nur wer die erforderliche Punkteanzahl erreicht, wird zum Studium zugelassen.

ZEIG MIR DEINE ELTERN…

Die Auswirkungen dieses Zulassungsverfahrens sind dramatisch. Nur dreieinhalb Jahre nach der Einführung von Zugangsbeschränkungen geht aus einer Studie des Wissenschaftsministeriums hervor, dass sowohl der Frauenanteil als auch der Anteil Studierender aus bildungsfernen Schichten im Medizinstudium deutlich gesunken sind. Diese Zahlen verwundern nicht. Sie beweisen lediglich, dass Zugangsbeschränkungen als Mittel zur Selektion von Menschen nach ihrer sozialen Herkunft dienen. Das österreichische Bildungssystem ist bereits jetzt durch eine enorm hohe soziale Selektivität geprägt. Diese beginnt damit, dass einige Kinder eine vorschulische Bildungseinrichtung besuchen und andere nicht, erreicht ihren Höhepunkt in der Teilung Jugendlicher in Hauptschule und Gymnasium und spitzt sich zu Beginn eines Hochschulstudiums zu. Die Universitäten sind in ihrer jetzigen Form ohnehin schon ein Ort, der Studierende aus einem gebildeten Elternhaus bevorzugt behandelt.

Der bekannte französische Soziologe Pierre Bourdieu und der deutsche Elitenforscher Michael Hartmann haben in diesem Zusammenhang den Begriff des Habitus geprägt. Dieser speist sich aus dem kulturellen Kapital (Allgemeinbildung, Umgangsformen, Sprache, Diskursfähigkeit,…), das den jungen Menschen von zu Hause mitgegeben wird. Ein akademischer Habitus kann von denen, die ihn nicht besitzen, kaum noch erlernt werden. Je elitärer ein Bildungssystem ausgestaltet ist, je mehr Hürden in einer Bildungskarriere überwunden werden müssen, desto eher setzen sich jene, die über diesen akademischen Habitus verfügen gegen die anderen durch. Kommen zu den formellen Zugangshürden auch noch finanzielle (Nachhilfe, Vorbereitung auf einen Aufnahmetest, Studiengebühren) dazu, ist die soziale Aussiebung perfektioniert.

Die treibende Kraft hinter der Bestrebung die Universitäten gänzlich abzuriegeln sind die Rektoren selbst. Die fortschreitende Internationalisierung der Universitäten bringt eine unerfreuliche Begleiterscheinung mit sich – unzählige Universitätsrankings. In diesen Rankings werden willkürlich gewählte Indikatoren, wie etwa der Anteil des Drittmittelbudgets, die Anzahl der NobelpreisträgerInnen, die Zahl der Lernplätze oder das Betreuungsverhältnis herangezogen und bewertet. Die österreichischen Hochschulen schneiden bei diesen Rankings regelmäßig schlecht ab. Die Rektoren machen dafür die große Masse der Studierenden verantwortlich. Sie wollen sich ihre StudentInnen »selber aussuchen können« und dabei die Studienplätze verknappen um auf dem internationalen Parkett glänzen zu können. Dass Österreich im internationalen Bildungsvergleich ein völlig anderes Problem, nämlich das der viel zu niedrigen AkademikerInnenquote hat, wird einfach vom Tisch gewischt.

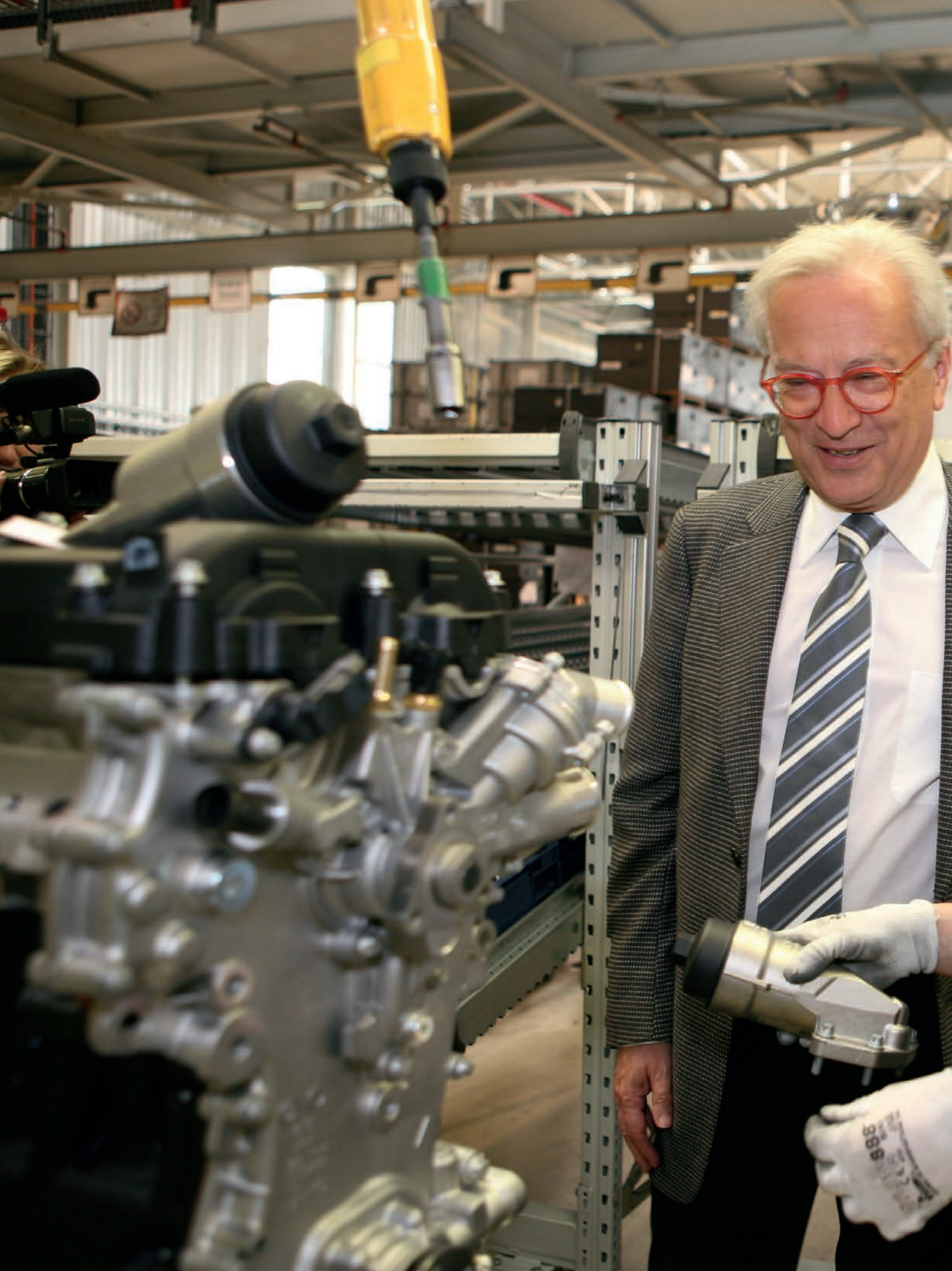
STUDIENEINGANGSPHASE NEU

Noch ist es den Rektoren – bis auf einige wenige Fächer – per Gesetz verboten den Hochschulzugang zu beschränken. Wenn es nach dem Wissenschaftsminister geht, soll es für alle StudienanfängerInnen so genannte Studieneingangs- und Orientierungsphasen geben, die einen Querschnitt des Studiums vermitteln, und helfen sollen herauszufinden, ob einE StudentIn für das jeweilige Studium geeignet ist. Diese Formulierung lässt eine ganze Menge an Interpretationsspielraum offen und droht ein beinhartes Aussieben der Studierenden zu werden. Im schlimmsten Fall kann dies dazu führen, dass Studierende nach dem ersten Studienjahr aufgrund von Studienverzögerungen oder nicht geschafften Prüfungen exmatrikuliert werden. Auch eine flächendeckende Beschränkung des Masterstudiums steht im Raum. Wir wissen, dass die überwältigende Mehrheit der Bachelor-StudentInnen jedenfalls ein Masterstudium absolvieren will. Wenn die SPÖ hier Minister Hahn nicht stoppt, nimmt sie in Kauf, dass tausende Studierende, die eine höhere Ausbildung absolvieren wollen, von den Universitäten abgewiesen werden.

Der freie und offene Hochschulzugang muss für die SPÖ ein Prinzip sein, das es mit allen Mitteln zu verteidigen gilt. Nur ein möglichst durchlässiges Bildungssystem kann gewährleisten, dass Bildung die Aufgaben erfüllt, die sie aus sozialdemokratischer Perspektive wahrnehmen muss: das Überwinden von sozialen Barrieren, die Emanzipation der Menschen und schließlich das Vorantreiben des gesellschaftlichen Fortschritts. Zugangsbeschränkungen führen zu einer verstärkten Elitenbildung, im Zuge derer jene auf der Strecke bleiben, die nicht ohnehin privilegiert sind. Es braucht keine Zugangsbeschränkungen – im Gegenteil, es braucht eine neue Öffnung der Universitäten. Dafür muss schnellstmöglich Geld in die Hand genommen werden um einen ordentlichen Lehr- und Forschungsbetrieb zu garantieren, die Hochschulstrukturen einer radikalen Demokratisierung unterzogen werden und für eine ausreichende soziale Absicherung von Studierenden gesorgt werden.

MARIA MALTSCHNIG

war im Studienjahr 2007/2008 Sozialreferentin der Bundes-ÖH und ist seit Juli 2008 Vorsitzende des Verbands Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSStÖ). Sie studiert Sozioökonomie an der WU Wien.



EU-WAHL
7. JUNI 2009

Im Land der Sparschweine

FINANZPOLITIK Während die ganze Welt noch mit der Bewältigung des krisenhaften Scheiterns neoliberaler Politik beschäftigt ist, wird in den Augen von Ludwig Dvořak die Restauration des Neoliberalismus schon wieder vorbereitet. Er argumentiert, warum die aktuelle Vermögenssteuerdebatte nicht nur grundsätzlich wichtig, sondern auch – ganz pragmatisch betrachtet – für die Durchsetzungsmöglichkeit sozialdemokratischer Alternativen unabdingbar ist.

Schrumpfende Wirtschaftsleistung, steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut – in einer schweren Wirtschaftskrise gibt's eigentlich wenig zu lachen für SozialdemokratInnen. Wenn in den letzten Monaten aber trotzdem etwas für politische Zuversicht und gute Laune sorgte, so war es die Aussicht, mit der globalen Finanzkrise auch den Neoliberalismus zu Grabe tragen zu können. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sah angesichts der Finanzkrise bereits zum Jahreswechsel »sozialdemokratische Antworten wieder gefragt«, Co-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter möchte im EU-Wahlkampf Kontraste zum »gescheiterten Neoliberalismus« in den Vordergrund rücken, um sozialdemokratische Stimmen zu maximieren.

Das Totenglöckchen des Neoliberalismus wird aber keineswegs nur in der Löwelstraße geläutet. Landauf, landab erlebten wir in den letzten Monaten über alle Parteigrenzen hinweg geradezu an Wunder grenzende Metamorphosen. So konnte sich Österreichs neoliberaler Sparefroh unter den Wirtschaftsforschern, Bernhard Felderer, plötzlich für verstärkte Finanzmarktregulierung erwärmen und fand überschwängliche Lobesworte, als sich die Regierung im Herbst letzten Jahres entschloss, Milliarden an geborgten Euro ins wankende Bankensystem zu pumpen.

Und auch wenn es bei diesem Vorkämpfer neoliberaler Wirtschaftspolitik am meisten überraschte – er war keineswegs der einzige, der plötzlich auch das Ansteigen des Staatsdefizits auf einen Wert, der heuer wohl alle Rekorde der vielgeschmähten Kreisky-Zeit einstellen wird, als ökonomisch sinnvoll verteidigte.

Die zwei hartgesottensten Neoliberalen vom Dienst – Barbara Kolm vom Hayek-Institut und der Journalist Christian S. Ortner – gaben und geben zwar in ORF-Diskussionen ihr Bestes, um zu erklären, weshalb in der Krise arbeitslos und/oder obdachlos Gewordene eigentlich Opfer der bekanntlich staatssozialistischen Politik der Bush-Administration geworden sind. Das sichert ihnen derzeit aber jeweils bestenfalls den Quotenplatz für abstruse Obskuranten in den heimischen Medien. »We are all Keynesians now« scheint das Motto politischer, wissenschaftlicher und journalistischer Eliten geworden zu sein, die vor wenigen Monaten noch wirtschaftliche Staatsintervention verteufelt und der Deregulierung und Liberalisierung das Wort geredet hatten.

DER WANDEL IST OBERFLÄCHLICH

Dabei ist Misstrauen gegenüber der Echtheit dieses massenhaften Gesinnungswandels mehr als angebracht. Denn während wir uns rhetorisch daran ergötzen, dass selbst neoliberale Hardliner es begrüßen, wenn »der Staat« weltweit den Unternehmen mit hunderten Milliarden Euro aus der Patsche hilft, wird weitgehend darauf verzichtet, die in den letzten Jahrzehnten neoliberal umgestalteten Staats- und Wirtschaftsstrukturen real zu ändern. Dass sich der Staat jetzt verschuldet, um Bankenrettung und Konjunkturpakete zu finanzieren wird zwar allgemein akzeptiert, gleichzeitig ist aber die ideologische Vorbereitung neoliberaler Restauration bereits in vollem Gange.

Ein wunderbares Beispiel ist der von Finanzminister Pröll inszenierte und nur scheinbar auch von ihm gelöste LehrerInnenkonflikt. Ausgelöst durch eine Unterbudgetierung ihres

Ressorts, wurde die Unterrichtsministerin in eine Konfrontation mit den öffentlich Bediensteten gedrängt, die sie auf keinen Fall ohne Blessuren überstehen konnte. Begleitet wurde all das medial vom beschwörenden Lobgesang auf das »Engerschnallen« des Gürtels in der Krise und auf die Opfer, die wir alle (im speziellen Fall: die LehrerInnen) bringen müssten. Als der Finanzminister schließlich bei der Lösung des von ihm selbst – wie ich meine: bewusst – provozierten Konflikts behilflich scheinen wollte, »borgte« er der Unterrichtsministerin durch eine Art Budgetvorgriff ihr eigenes Geld und hat damit nicht nur den nächsten Konflikt für sie vorprogrammiert; er löste auch ein mediales Protestgeheul aus, das sich zwar kurzfristig (auch) gegen ihn richtete, das ihm mittelfristig aber politisch durchwegs nützlich sein dürfte, um einen neoliberalen Budgetkurs wiederherzustellen.

DIE SPARSCHWEIN-MENTALITÄT

Denn während Wirtschaftsforscher noch monatlich ihre Prognosen nach unten revidieren, die Wirtschaftsleistung in einem ungekannten Ausmaß einbricht und die Arbeitslosigkeit rasant steigt, scheint Österreichs Hauptsorge derzeit die Sanierung des Budgets nach der Krise geworden zu sein, deren Ende noch immer nicht absehbar ist. In sämtlichen Leitartikeln nach dem LehrerInnenkompromiss und nach der Budgetrede Ende April wurden nicht etwa das falsche Spiel des Finanzministers und dessen fragwürdige Idee, in der Krise die Staatsausgaben beschränken zu wollen, kritisiert. Nein, vielmehr wurde die »Nachgiebigkeit« der Regierung gegeißelt, die die anscheinend sehnlichst gewünschten Einschnitte im nächsten Budget erschwere.

Standard-Chefredakteuerin Föderl-Schmid erkannte in den »Wohltaten, die die rot-schwarze Regierung verteilt« eine »Kampfansage an die Steuerzahler«. Presse-Innenpolitiker Karl Ettinger freute sich lakonisch darauf, »wie Pröll die Österreicher heute aufs drastische Gürtel-enger-Schnallen einstimmt«. Und in den OÖN konnte es Dietmar Marscher offenbar kaum erwarten, dass ab einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent Sparpakete kommen, »die dann wirklich wehtun«. Lediglich Wiener-Zeitungs-Chefredakteur Andreas Unterberger traute seinen verweichlichten Brüdern im Geiste das harte Budgetdurchgreifen auch mittelfristig nicht so recht zu und warnte düster davor, dass »Katastrophenprophet Krugman mittelfristig recht behalten« könnte.

Lediglich in den Salzburger Nachrichten rang sich Richard Wiens – verbunden mit einer Art »Blut, Schweiß und Tränen«-Appell, der Winston Churchill alle Ehre gemacht hätte – dazu durch, die eigentliche Alternative zur Sparschweinpolitik aufzuzeigen, auch wenn er es als abschreckenden Kontrast verstanden haben wollte: »Also wird gespart werden müssen... All das wird nicht schmerzlos gehen, aber die Alternative dazu wären höhere Steuern.«

SOZIALER KAHLSCHLAG...

Die ideologische Restauration der von der Finanzkrise erschütterten neoliberalen Hegemonie soll also wie so oft durch budgetär begründete Sachzwangargumente erfolgen: Nachdem sich die großen Kapitalgesellschaften mit staatlichen Rettungspaketen aus der Patsche haben helfen lassen, sollen die Kosten dafür die gleichen Menschen tragen, die bereits jetzt mit Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten den Preis der Krise zahlen. Unter dem Diktat der leeren Kassen soll dem Land der Sparschweine offenbar ein gigantisches Sparpaket schmackhaft gemacht werden.

Dabei muss jedem klar sein, was das bedeutet: 13,5 Mrd. Euro Defizit weist das Finanzministerium im heurigen Budget aus. Und noch bevor es beschlossen ist, räumt der Finanzminister schon ein, dass diesem Budget zu optimistische Zahlen zugrunde gelegt sind, das Defizit also noch deutlich höher sein wird. Kein Mensch kann glauben, dass die seit Jahren und Jahrzehnten als ultimative budgetäre Wunderwaffe abgefeierte »Verwaltungsreform« innerhalb von anderthalb Jahren nennenswerte Einsparungen bringen wird, geschweige denn, einen Sanierungsbedarf von an die zehn Milliarden Euro auch

nur annähernd decken wird können. Sparen, das heißt in dieser Dimension eine ganz dramatische Einschränkung öffentlicher Leistungen des Sozialstaates. Das muss uns bewusst sein.

...ODER VERMÖGENSSTEUERN

Wenn derzeit das Thema Vermögenssteuern wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt wird, so handelt es sich dabei um die dringend notwendige und einzig richtige Reaktion auf die Versuche, nach der Krise neoliberale Politik fröhliche Urständ' feiern zu lassen. Die veröffentlichte Meinung ist mehrheitlich offenbar bereit, dem neoliberalen Budgetkurs argumentative Rückendeckung zu geben. Deren aufgesetzte Argumente sind nicht schwer zu durchschauen: Dieselben KommentatorInnen, die unmittelbar nach der Budgetpräsentation nach »schmerzhaften Einschnitten« bei den »sozialen Wohltaten« verlangt hatten, machen sich nun plötzlich Sorgen, dass ausgerechnet die Forderung nach Vermögenssteuern für die reichsten zehn Prozent des Landes das Konsumverhalten der breiten Masse negativ beeinträchtigen könnte.

Ihrer Sache sicher scheinen sich die MeinungsmacherInnen allerdings nicht zu sein, konstatieren sie doch mit erkennbarem Missmut eine latent vorhandene und stetig wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Lastenverteilung in dieser Krise. Zu Recht – denn es ist mehr als absurd, dass nach Jahren der Lohnstagnation und der Gewinnexplosion in Zeiten des Wachstums, die Kosten der Krise erst recht wieder von den ArbeitnehmerInnen getragen werden sollen. Für Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist der sich anbahnende Verteilungskonflikt europaweit aber bereits keine Frage abstrakter Gerechtigkeitserwägungen mehr, sondern eine ganz praktische, existenzielle Frage geworden. Wenn es nicht gelingt, diejenigen für die Krise zahlen zu lassen, die sie auch verursacht haben, dann wird das in einen sozialen Kahlschlag münden, der das Vertrauen in die (regierende) Linke schwer erschüttern und der extremen Rechten – gerade in Österreich – enormen Zulauf verschaffen wird.

DAS NÄCHSTE BUDGET ENTSCHEIDET

Die Debatte um die Vermögenssteuern sollte daher auch nicht ausschließlich als philosophische Gerechtigkeitsdebatte oder als unangenehmes Streitthema, mit dem man die ÖVP piesacken kann bzw. muss, gesehen werden. Es geht nicht (nur) um die »Symbolik«, es geht auch nicht darum, dass es so *aussieht*, als würden »die Reichen« auch etwas beitragen. Es geht darum, dass wenn die Sozialdemokratie keine sozial gerechten Wege findet, Einnahmen zu erschließen, sie dazu gezwungen sein wird, unter den vom Finanzminister auferlegten budgetären Zwängen die Re-Etablierung neoliberaler Politiken mitzutragen, mit der sie sich politisch selbst exekutiert.

Die Heranführung der Vermögenssteuern an den europäischen Durchschnitt und das Lukrieren von vier bis fünf Milliarden Euro aus diesem Titel ist unter diesem Gesichtspunkt betrachtet daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und der sozialdemokratischen Gesinnung. Es ist, ganz pragmatisch betrachtet, für die Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit, im übernächsten Jahr einem Sparbudget der Sachzwänge zu entgehen, das unsere WählerInnen in die Arme der Strache-FPÖ treiben wird.

Jetzt ist daher der absolut richtige Zeitpunkt, detaillierte Pläne für Vermögenssteuern auszuarbeiten, vorzulegen und für ihre Durchsetzung zu kämpfen. In zwei Jahren wäre es nämlich zu spät.

LUDWIG DVOŘAK
studiert Rechtswissenschaften in Wien
und ist gf. Chefredakteuer der ZUKUNFT.

EU-WAHL
7. JUNI 2009

EIN WAHRZEICHEN BRÜSSELS

Krieg, Paranoia & Echolalie

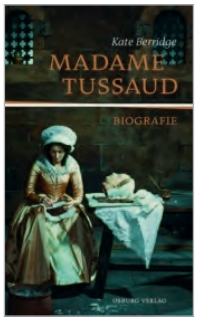
Philip Gourevitch / Errol Morris
Die Geschichte von Abu Ghraib
Im Mai 2004 sah die Öffentlichkeit erste Bilder, auf denen irakische Häftlinge von US-Soldaten gefoltert und erniedrigt wurden. Abu Ghraib galt fortan als Symbol für Folter und für einen Krieg, der außer Kontrolle geraten war. Gemeinsam mit dem Oscar-Preisträger Errol Morris zeichnet Starjournalist Philip Gourevitch das Bild einer Armee, die sich über alle Tabus hinwegsetzte, weil sie gegen den Terrorismus zu kämpfen glaubte.
Carl Hanser, 304 Seiten, 20,50 Euro

Robert Misik
Politik der Paranoia
Die neuen Konservativen verlangen seit langem »weniger Staat«, zumindest in der Wirtschaft; wenn es um die Bespitzelung der Bürger geht, sehen sie das nicht so eng. Sie haben die Finanzströme dereguliert und warnen auch nach dem Totalcrash vor »zu viel Intervention«. Die Sozialsysteme betrachten sie als unmoralisch, weil die Faulen dadurch belohnt werden.
Aufbau, 202 Seiten, 18,50 Euro

Seyla Benhabib
Kosmopolismus und Demokratie
Mit Blick auf legale und illegale Immigranten fragt die Politologin und Philosophin Seyla Benhabib, ob diese nicht eigentlich durch Menschenrechtsprinzipien geschützt sein müssten, die über der Gesetzgebung einzelner Staaten stünden. Eine universelle Geltung solch kosmopolitischer Normen jenseits demokratischer Rechtssysteme im Sinne eines Weltstaatsmodells sei hingegen nicht denkbar.
Campus, 129 Seiten, 22,60 Euro

Daniel Heller-Roazen
Echolalien
Alle Sprachliebhaber kommen an diesem Buch nicht vorbei. Um die die Geburt und das Sterben von Lauten, Worten und Idiomen geht es in Daniel Heller-Roazens einundzwanzig glänzenden Essays. Was ist Echolalie? Es ist das das Nachplappern vorgesagter Phrasen – so wie es Kinder tun und sich so Sprache aneignen. Sprachtheoretische Betrachtungen schließt er kurz mit poetischen Anekdoten.
Suhrkamp, 286 Seiten, 27,60 Euro

Umberto Eco
Die Kunst des Bücherliebens
Für Umberto Eco ist Büchersammeln ein Akt ökologischer Fürsorge: »Wir haben nicht nur die Wale, die Mönchsrobben und die Bären in den Abruzzen zu retten, sondern auch die Bücher.« Wirkliche LeserInnen möchten ihre Lieblingsbücher deshalb nicht nur lesen, sondern auch besitzen und zu Hause ins Regal stellen. Für sie hat Eco »Die Kunst des Bücherliebens« geschrieben.
Carl Hanser, 200 Seiten, 18,40 Euro



Kate Berridge
Madame Tussaud
Die junge Wachsbildnerin Marie Grosholtz ist am Hofe Ludwigs XVI. für ihre Wachsmodellier-Künste berühmt. Nach 1789 zwingen sie die Jakobiner, Totenmasken prominenter Opfer der Guillotine anzufertigen. Mit der Wachsfigurensammlung ihres Onkels geht sie 1802 nach England. Dort zeigt Marie verheiratete Tussaud zum ersten Mal Prominente aus Wachs. Die Menschen stehen Schlange - bis heute.
Osburg, 368 Seiten, 20,60 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

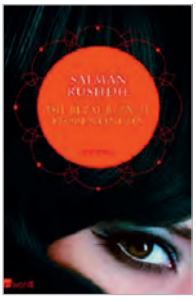
Argentinien, Pakistan & Üdülö

Martín Kohan
Zweimal Juni
1978, 1982: Zweimal Juni, zweimal Fußballweltmeisterschaft, einmal gewinnt Argentinien den Titel, die Militärjunta feiert einen propagandistischen Triumph – und mordet unbehelligt von der Weltöffentlichkeit weiter. Martín Kohan schrieb einen verstörenden Roman über eine Militärdiktatur, die vor keinen Grausamkeiten zurückschreckt, und von Mitläufern, die einfach nur gehorsam sind.
Suhrkamp, 183 Seiten, 20,40 Euro

Mohammed Hanif
Eine Kiste explodierender Mangos
Im August 1988 explodiert wenige Minuten nach dem Start in Richtung Islamabad das Flugzeug des pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq. Mohammed Hanif greift dieses Ereignis auf und entwickelt daraus einen Roman mit anarchischer Komik und schwarzem Humor. Hatte die CIA ihre Finger im Spiel? Oder ein Geschenk der »All Pakistan Mango Farmers Cooperative«?
A1-Verlag, 383 Seiten, 23,50 Euro

Esther Kinsky
Sommerfrische
Üdülö, eine Feriensiedlung in Südostungarn an der rumänischen Grenze, wird alljährlich zum Zufluchtsort vor der unerträglichen Hitze. Es ist der Ort der Sehnsucht, der Linderung verspricht und Träume von Liebe und Freiheit weckt. Für jeden hat Üdülö eine andere Bedeutung; als jedoch eine Frau aus der Fremde sich dort ihren Traum von einem anderen Leben erfüllen will, kommt Verwirrung auf.
Matthes & Seitz Verlag, 128 Seiten, 17,30 Euro

Sara Shilo
Zwerge kommen hier keine
Die Misere Israels wird hier aus dem Blickwinkel des unteren Rands der Gesellschaft erzählt. Im Mittelpunkt steht die Familie Dadon, die aus Marokko nach Israel kam und sich fern der Machtzentren Jerusalem Tel Aviv durchs Leben schlägt. In fünf Selbstgesprächen deutet Sara Shilo die Richtung dieses berührenden Familienromans an: Wie ist es möglichen, einen Weg zu einem glücklicheren Leben zu finden?
Deutscher Taschenbuch Verlag, 289 Seiten, 15,40 Euro



Salman Rushdie
Die bezaubernde Florentinerin
Rushdies neuer Roman zeigt, dass die Menschen mehr vereint als trennt. Ein junger Florentiner muss wie Scheherazade am Hofe des Mogulherrschers Abu Akbar im indischen Sikri um sein Leben erzählen. So erzählt er eine Schnurre nach der anderen, so auch von der osmanischen Prinzessin Qara Köz, die die Männer von Florenz mit ihrem Liebreiz völlig für sich einzunehmen weiß.
Rowohlt, 440 Seiten, 20,50 Euro

Hilde Spiel
Rückkehr nach Wien
1946 kehrte Hilde Spiel als »War Correspondent« der Zeitschrift »New Statesman« nach Wien zurück und hielt ihre Beobachtungen und Gedanken in Tagebuchaufzeichnungen fest, die 1968 zu ersten Mal erschienen. Es sind literarische und persönliche Dokumente der österreichischen Nachkriegszeit und spiegeln Psyche und Verhaltensweisen von Menschen in einer Epoche des Umbruchs wider.
Milena Verlag, 180 Seiten, 17,90 Euro

G20 - Much Ado about Nothing?

Gordon Brown, Gastgeber des G20-Gipfels in London Anfang April, sparte nicht mit Superlativen, als er die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels verkündete. Die tatsächlichen Ergebnisse sind durchaus zwiespältig. Angesichts der prekären Situation, in die die Weltwirtschaft manövriert wurde, ist die geringe Bereitschaft der reichen Industrie- und der Schwellenländer, jenseits von Rhetorik die selbstverständlichen Reformen voranzutreiben, enttäuschend, allerdings verständlich.

Es geht zum einen um die Rückkehr zum Status quo ex ante. Aber hier ist nicht klar, ob die Politik, die selbst in dieser Situation nicht bereit ist, sich aus der Geiselhaft der Finanzindustrie zu befreien, mit den beim Gipfel angekündigten Reformen dazu in der Lage ist. Die bescheidenen Vorhaben zur Reform der Finanzmarktregulierung bergen die Gefahr, die systemzerstörerische Kraft des unregulierten Marktes nicht wirklich effizient und lückenlos außer Kraft zu setzen. Diejenigen, die das alte System zu verantworten haben, basteln nun an einer neuen Weltfinanzordnung. 172 Länder wurden aus dem Reformprozess ausgeschlossen, ebenso kritische Personen der Zivilgesellschaft, jene also, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten unaufhörlich vor den systemischen Risken des teilweise anarchisch agierenden Finanzsystems gewarnt hatten.

Was die Reform der Finanzmarktregulierung des G20-Prozesses betrifft, wird die Einschätzung durch die vagen Aussagen der Grundsatzpapiere erschwert. So wurde beschlossen, einen *Financial Stability Board* (FSB) einzurichten, der aus Vertretern der G20-Länder sowie Spanien und Niederlande besteht. Die Aufgabe des FSB liegt darin, Empfehlungen für die Regulierung und deren Umsetzung abzugeben und gemeinsam mit dem IWF frühzeitig vor sich aufbauenden Risken zu warnen. Allerdings sollen nur die großen systemisch relevanten Finanzinstitute irgendeiner Form von Regulierung unterliegen, ein Rückschritt gegenüber den Beschlüssen des Gipfels vom November 2008 in Washington. Ein Fortschritt ist, dass nun auch (systemisch relevante) Hedge Fonds der Regulierung unterworfen werden sollen, ob durch Transparenzappelle oder durch effektive Beschränkung des zulässigen Verschuldungsgrades, ist offen. Ob sich nun eine strengere Finanzmarktregulierung durchsetzt, wie von den Europäern gefordert, wird letztlich die konkrete Umsetzung zeigen.

Die Anliegen von USA, Japan und China nach einer koordinierten globalen Konjunkturstimulierung, an der sich sämtliche Regionen der Welt, auch Europa, beteiligen, fanden keine Mehrheit. Europa scheint entschlossen, der Kontraktion des Wirtschaftsgeschehens und rasant steigender Arbeitslosigkeit wenig entgegensetzen zu wollen.

Das überraschendste Ergebnis des Gipfels ist, dass die dem IWF zur Verfügung stehenden Mittel für Zahlungsbilanzhilfen von 250 Mrd. US-Dollar auf 750 Mrd. US-Dollar angehoben wurden. Zusätzlich werden 250 Mrd. US-Dollar an Sonderziehungsrechten geschaffen, die den Ländern gutgeschrieben werden. Weiters ist davon die Rede, dass die multilateralen Entwicklungsbanken in den nächsten drei Jahren 100 Mrd. US-Dollar den armen Ländern zur Krisenbewältigung zur Verfügung stellen sollen. Dabei handelt es sich aber nur zum geringen Teil um neu zur Verfügung gestellte Mittel.

Es zeichnen sich geopolitische Verschiebungen ab: Die Schwellenländer haben sich Eingang und Mitsprache im Klub der reichen Industriestaaten verschafft. Die Elemente des Wirtschaftsmodells der letzten drei Jahrzehnte sollen aber bewahrt und um etwas stärkere Kontrolle ergänzt werden. Völlig ausgeklammert wurde die Frage der makroökonomischen Ungleichgewichte, ebenso wurden die Probleme, die sich durch die hohe Volatilität der Wechselkurse ergeben und nach einer dringenden Reform der Weltwährungsordnung verlangen, nicht einmal erwähnt.

HELENE SCHUBERTH
ist Ökonomin in Wien.

»Die Zukunft der Sozialdemokratie wird gesamteuropäisch sein – oder gar nicht!«

MICHAEL AMON

ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden & einsenden an:
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle
- ○ ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
- ○ ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

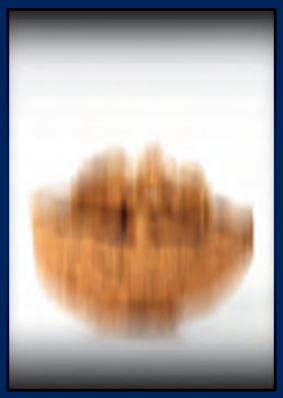
Tel.:

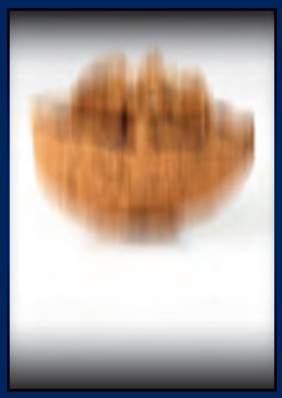
E-Mail: **Unterschrift:**

Ausgezeichnet mit dem

EXPORT PREIS 2008

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES





©IDCOM

Solide Schale, **kluger** Kern.

Nur in der gesunden Schale eines wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens kann ein Kern bestens ausgebildeter Spitzenkräfte an seinen Aufgaben wachsen. Solchermaßen solide gerüstet, baut unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern ihre Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs kontinuierlich aus.

Beste Arbeitsbedingungen mit internationalen Aufstiegschancen motivieren auch die über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen von Novomatic, in unterschiedlichsten Märkten sehr flexibel manch harte Nuß zu knacken. Die Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit der Gruppe als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*) verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten

WWW.NOVOMATIC.COM